

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. Januar 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 5.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Die Tarifeinführung (Fortsetzung). — Das Jahr 1911 (3. Fortsetzung).
Volkswirtschaft: Rückblick.
Korrespondenz: Berlin (M.S.). — Gamm i. B. — Krefeld. — Neuwied. — Sitt. — Würzburg (M.M.). — Bittau (M.M.).
Bundschau: Ferien. — Beurteilung einer tarifunreuen Firma. — Manuskripte und Portofrei. — Monatsfrist des Zeitungsbetriebs. — Zeitungsverlag und Zwangsnummern. — Deutscher für Journalisten. — Gewerkschaftliche Agitation an Kontrollversammlungen. — Vorteile der Gewerkschaften für die Industrie. — Arztstreik und Reichsgericht. — Wahl der Reichstagskandidaten. — Die freie Benutzung von Stadtwappen. — Gewerkschaftsnachrichten.

Die Tarifeinführung.

(Fortsetzung.)

Nach den weiteren Mitteilungen, die immer noch spärlich eingehen, kann mit einiger Gewißheit gesagt werden, daß größere Differenzen nicht vorgetrieben sind. Wohl ist die Zahl der kleinen Streikfälle nicht gering, aber ernsthaftere haben sich erfreulicherweise nicht ereignet. Die strittigen Punkte werden teils auf dem Verhandlungswege, teils durch Klagen vor den Schiedsgerichten, teils auch durch Anrufen des Tarifamts zu erledigen getrachtet. In Sachsen und Bayern hat die Frage des Einholens der kürzeren Arbeitszeit an dem Vorabend von **Hohneijahr** resp. Dreikönig zu Meinungsverschiedenheiten geführt, die zur kürzeren Aufgabe der beruflichen tariflichen Organe ist. Wir werden wohl in unserer Artikelserie über den neuen Tarif, von der bis jetzt lediglich die Einleitung gebracht ist, deren Fortsetzung durch die Einführung des Tarifs und wegen anderer Tagesnotwendigkeiten unterbrochen werden mußte, jedenfalls aber in acht Tagen erfolgen kann, auf diesen Punkt näher zu sprechen kommen. Die in der Vorstandsbeschlussmachung der vorigen Nummer erwähnten Schwierigkeiten in verschiedenen Druckereien haben hoffentlich größere Bedeutung nicht angenommen, so daß das im allgemeinen bestrebende Gesamtbild durch sie nicht gestört wird. Immerhin ist bei Konditionswechsel das Einziehen von vorherigen Erkundigungen gegenwärtig eine noch größere Pflicht als sonst.

Uns Hrweiler wird glatte Einführung bei den beiden tariffreien Firmen sowie Befolgung der vom Deutschen Buchdruckervereine gegebenen Empfehlungen berichtet. Die Druckerei Adolf Kirfel, deren Besitzer vor etlichen Jahren dem Gutenbergbund öffentlich begehrte Sogefänge hielt, haust in der alten Tarifanarchie weiter. In Rissingen machten sich zwei Reklamationen notwendig, die jedoch bereits eine zufriedenstellende Erledigung gefunden haben. Sonst ging alles glatt. Während den Handgebern aber nur die vorgeschriebenen bzw. die für die Höherentlohten empfohlenen Zulagen gewährt wurden, haben sich die Maschinenmeister und die Maschinenseher einer besseren Berücksichtigung zu erfreuen. Tilsit berichtet über glatte Einführung, eine Druckerei bewilligte allen Gehilfen 3 Mk. Zulage. Aus Lausberg a. Rech kommt die gleich gute Nachricht mit dem sicher angenehmen Hinzufügen, daß alle Gehilfen an der vollen Erhöhung partizipieren. Auch in Kaufbeuren erhielten die über die tarifliche Pflichtgrenze Entlohten sämtlich die Aufbesserung von 3,19 Mk. Anstände ergaben sich in keiner Weise. In Winder i. B. haben sich bezüglich der Tarifeinführung selbst keine Schwierigkeiten gezeigt. Zwei besser entlohten Kollegen wurden jedoch nicht nach der von der Prin-

zipalsorganisation aufgestellten Staffel aufgebessert. Ilmenau, Guskirchen, Marienwerder und Oberstein-Idar melden glatte Einführung. Von Erfurt wird das Vorkommen einzelner Irrtümer berichtet, die aber inzwischen schon aufgeklärt sind; sonst stellten sich keine Schwierigkeiten ein. Die mit mehr als 3 Mk. über Minimum Bezahlten haben jedoch zum Teil Anlaß zu Klagen über zu geringe Berücksichtigung.

Aus Maschinenmeisterkreisen erfahren wir zunächst, daß in Bittau und der Oberlausitz die Tarifeinführung für diese Spartenkollegen sich allgemein zufriedenstellend vollzog.

Was die Maschinenseher anbelangt, so zeigt sich wie im allgemeinen auch in dieser Beziehung ein schärferer Zug in den Großstädten. In Berlin sollen die Prinzipale die volle Ruhbarmachung der tariflichen Bestimmungen für sich sehr gut verstanden haben, während die Höherentlohten mehrfach nicht die von dem Deutschen Buchdruckervereine für notwendig erachtete Berücksichtigung fanden. Aus Breslau kommt ebenfalls die Nachricht, daß die halbstündige Verlängerung fast ausnahmslos stattgefunden hat, das Berechnung jedoch nicht eingeleitet worden ist. (Bis jetzt haben wir überhaupt nur eine einzige Mitteilung darüber erhalten; es ist also anzunehmen, daß, wie zu erwarten stand, von dem Berechnen wenig Gebrauch gemacht werden wird.) In materieller Beziehung sollen die Breslauer Maschinenseher keinen Anlaß zu Klagen haben. Was die Arbeitszeit anbelangt, so kann im allgemeinen jetzt schon gesagt werden, daß die größeren Druckstädte dem diktatorischen Gebote des Zeitungsverlegervereins mehr Folge geleistet haben als die Provinzorte. Die Bedürfnisfrage würde also hier im umgekehrten Sinne zur wirtschaftlichen Notwendigkeit gelöst worden sein.

Wir ersuchen nunmehr, bis zum 15., spätestens 16. Januar früh uns durch weitere Informationen die Möglichkeit zu geben, daß in Nr. 7 eine abschließende Gesamtübersicht über die Tarifeinführung gebracht werden kann. Detaillierte Schilderungen können ja später die einseitigen Mitteilungen ergänzen. (Schluß folgt.)

Das Jahr 1911.

(Fortsetzung aus Nr. 4.)

Wirklich interessant liest sich die Neujahrsepiistel des „Zeitungsverlag“, welcher Herzenserguß an die schönsten Zeiten vor der bewußten Grenzregulierung erinnert. Man spricht sich erstaunlich ungeniert über die düstern Dinge aus. Was uns ja nur recht sein kann, denn man erzählt so ganz ungehinkt, wie es hätte kommen können, wenn nicht eine geschickte Regie für eine andere Szenerie gesorgt hätte. Für Kenner der Verhältnisse bringt dieser Jahresrück- und -ausblick eigentlich keine Überraschung. Daß aber alles so hübsch deutlich gesagt wird, gibt den Betrachtungen des „Zeitungsverlag“ ihre Bedeutung. Im guten wie im bösen Sinne soll das Jahr 1911 für das Zeitungsgerwebe Deutschlands und seine Organisation bedeutungsvoll gewesen sein. Da die wirtschaftlichen Verhältnisse sich in aufsteigender Linie bewegt haben sollen und die Betriebsergebnisse zufriedenstellend genannt werden, andererseits aber über die Tariffrage alles andre denn Befriedigung geäußert wird, so kann nicht lange ein Zweifel bestehen, was als gut und was als böse im Sinne des „Zeitungsverlag“ anzusehen ist. Über die „böse“ Seite des Jahres läßt sich das Organ der Zeitungsverlegerpartei folgenmaßen vernehmen: Die größte Aufmerksamkeit wurde von der Tarifrevision in Anspruch genommen, und mit ihr hingen

auch umfangreiche Arbeiten zusammen, welche vom B. D. Z. V. für den Fall eingeleitet und getroffen waren, daß die Tarifverhandlungen zu keiner Verständigung führten. Es war das erstemal, daß sich unser Verein in dieser umfassenden Weise einer solchen Abwehrmaßnahme widmete, und wir hatten infolgedessen mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die aber glänzend überwunden wurden. Sehen wir auf die Arbeit heute zurück, so geschieht dies mit einem Gefühl der Genugtuung, denn sie hat uns gelehrt, daß die Zeitungsverleger trotz der besonders in unserm Gewerbe so scharfen und erbitterten Gegenläufe sehr wohl für gemeinsame Maßnahmen zu gewinnen sind, wenn es gilt, übertrieben hohe Forderungen zurückzuweisen. In diesem Ergebnisse der Abwehrarbeit liegt die Sicherheit, daß die Verleger später einen Kampf, wenn er sich als unvermeidlich erweisen sollte, geschlossen und entschlossen aufnehmen werden. Wir begrüßen es, daß sich diesmal der Kampf hat vermeiden lassen, aber wir wollen doch nicht darüber im unklaren sein, daß das Wort „der Tarif ist der Friede“ nur so lange gilt, als sich ihm nicht das Wort „der Tarif ist die Lohnerhöhung“ bis zur Unerträglichkeit beigelegt. Was die Zeitungsverleger und Buchdruckerbesitzer durch den neuen Tarif auf sich genommen haben, darf als das Äußerste angesehen werden, was unserm Gewerbe überhaupt zugemutet werden konnte, und der großen Zahl der Verleger, die den Tarifabschlüssen unter den angenommenen Bedingungen durchaus mißbilligen, kann nicht ganz unrecht geben. Nebenbei müßte die Stimmung auf der Seite der Gehilfen sein, denn sie haben, wie sich ihr offizielles Organ ausdrückt, einen opferlosen Erfolg errungen; aber trotz dieses opferlosen Erfolgs herrscht auf ihrer Seite große Unzufriedenheit — wenigstens lassen die Berichte im „Noet.“ diesen Schluss zu. Besonders sind es die Maschinenseher, welche sich recht ungeniert äußern, weil der Tarif für sie nicht nur sehr viele Vorteile bringt, sondern auch ein wenig von ihnen fordert. Die Maschinenseher, soweit sie im Zeitungsgerwebe beschäftigt sind, sollen in Zukunft eine halbe Stunde mehr arbeiten und erwarten jetzt zu unserm größten Erstaunen, diese Bestimmung des Tarifs möge von den Prinzipalen nicht angewandt werden. Die Zeitungsverleger werden selbstverständlich den Tarif auch in diesem Punkte voll zur Anwendung bringen. Wir glauben auch nicht, daß es den Gehilfen angenehm wäre, wenn andre Punkte des Tarifs, die den Zeitungsverlegern wenig willkommen sind, keine Anwendung fänden. Was hat ein Tarifvertrag überhaupt für einen Sinn, wenn die Vergütigungen, die er den Prinzipalen bringt, und die doch wahrlich herzlich gering sind, aus Entgegenkommen oder sonstigen Gründen nicht durchgeführt werden sollen? Das Verlangen der Maschinenseher ist bezeichnend für die Beurteilung der Tarife durch die Gehilfen. Sie wollen immer nur nehmen; sobald sie aber auch etwas geben sollen, dann herrscht die helle Enttäuschung, und die Führer haben ihre liebe Not, die unbedingte Erregung unschädlich zu machen. Die richtige Art der Tariffrage scheint uns aus diesem Verhalten nicht zu sprechen.

Der „Zeitungsverlag“ gibt also unumwunden für seine Interessenten zu, in der weitgehendsten Weise auf den Kriegsfall eingerichtet gewesen zu sein und die dieser Kriegsströmung entgegenstehenden Schwierigkeiten glänzend überwunden zu haben. Das heißt, der starke, oft recht unschöne und manchmal direkt unlaute Konkurrenzkampf der Zeitungen untereinander trat vor der „größeren“ Aufgabe, der Gehilfenschaft ein Paroli zu bieten, zurück. So will der „Zeitungsverlag“ die Interessen des Zeitungsgerwerbes wahrgenommen sehen, anstatt in einer besseren Solidarität auf rein geschäftlichem Gebiete diese weit wirksamer gefördert zu finden. Wenn der „Zeitungsverlag“ darin eine Sicherheit erblickt, bei einem „unvermeidlichen“ späteren Kampfe mit der Gehilfenschaft die Zeitungsverleger „geschlossen und entschlossen“ — auch der Sprachgebrauch ist in Angelegenheiten des Tarifs bei den Buch- und den Zeitungsverlegern schon gemeinsam — der Parole von Hannover oder Köln oder Karlsruhe folgen zu sehen, so gönner wir ihm diesen Trugschluss. Denn was auch diesmal hätte eintreten können, so ganz geschlossen wäre der Aufmarsch der siebenten Groß-

Volkswirtschaft.

Rückblicke.

Durch regelmäßig erscheinende kürzere oder ausführlichere Artikel über die wichtigsten Fragen aus dem weiten Gebiete der Volkswirtschaft hat der „Korr.“ auch im vergangenen Jahre seinen Lesern die tieferliegenden Beziehungen zwischen der Arbeit und den Besoldungen des Volksganges, der verschiedenen Schichten der Bevölkerung sowie in einzelnen verständlich zu machen gesucht. Das soll auch in Zukunft so bleiben und nach besten Kräften erweitert und vertieft werden. Dazu ermuntert uns die eigene Erkenntnis der hohen Bedeutung eines klaren Verständnisses der Ursachen und Wirkungen aller Erscheinungen auf dem Wirtschaftsgebiete. Denn auch Erfolg oder Fehlschlagen der gewerkschaftlichen Arbeit hängen nicht zuletzt von einer richtigen oder falschen Beurteilung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse ab, und zwar ideell wie materiell. Nur wer sich der Mühe unterzieht, etwas tiefer in das Gebiete der heutigen Wirtschaftsordnung hineinzublicken, der wird den Schlüssel zu mancher ihm vorher unverständlichen Entwicklung des Volks- und Berufslebens finden. Vertrauen zur eignen Arbeit, zum eignen Vormarschstreben, Bewahrung vor Fehltritten und nutzloser Zersplitterung der Kräfte bringt das Studium und die Untersuchung der Volkswirtschaft in hohem Maße mit sich. Dazu durch unsere Arbeit in sachlicher Weise zu verhelfen, bildete die Triebfeder zur Einreichung der Rubrik „Volkswirtschaft“ in das Programm des „Korr.“. Und in diesem Sinne glauben wir auch in Zukunft Verständnis bei allen jenen zu finden, für die unser Verbandsleben selbst ein wesentlicher Faktor der Volkswirtschaft ist.

Wenn wir von diesem Gesichtspunkt aus einen Rückblick auf das allgemeine wirtschaftliche Gebiete im Jahre 1911 werfen, so werden wir bei einem Vergleiche mit den Resultaten unserer eignen gewerkschaftlichen Arbeit, die sich neben einer beträchtlichen Mitgliederzunahme vor allen Dingen in Abflusse des neuen Jahres verzeichnen, einen scheinbaren Widerspruch feststellen können. Unsere Gewerkschaftsarbeit steht in ihren Ergebnissen in unzweifelhaft besserem Stande als die Signatur des allgemeinen Wirtschaftslebens für die breiten Volksmassen. Eine ansehnliche Vermehrung der Verbandsmitgliederzahl und des Verbandsvermögens im vergangenen Jahre dürfen wir mit Recht bis zu einem gewissen Grade als die logische Folge einer auf langjährigen Erfahrungen aus den Wechselwirkungen der Volkswirtschaft auf gebauten Organisationsarbeit einschätzen. Dazu kommt noch die erfreuliche Tatsache, daß nach den vorliegenden Monatsabrechnungen unseres Hauptverwalters für die Monate Januar bis einschließlich November 1911 das Ausgabenkonto für Arbeitslose am Ort und auf der Reise mit 1848 Gehilfen, 51 990 Tagen und 90 564,25 M. „pekuniar“ belastet wurde als in der gleichen Zeitspanne des Jahres 1910; außerdem zeigt sich die günstige Gestaltung der Finanzen des Verbandes auch darin, daß sich das Verbandsvermögen nach dem Stande vom 1. Oktober 1911 mit 8 721 959 M. um über 700 000 M. höher stellte als zum gleichen Termine des Vorjahres. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet war also das Jahr 1911 für die Entwicklung unseres Verbandes kein unglückliches. Aber auch für die übrigen freien Gewerkschaften war dies im allgemeinen so. Während sich im Jahre 1911 für die arbeitende Bevölkerung der Druck einer durch und durch vererbten Volkswirtschaftsordnung in schlimmster Weise fühlbar machte, bewirkte unzweifelhaft gerade dieser Umstand, daß der Gewerkschafts- und Solidaritätsgedanke innerhalb der Arbeiterschaft um so tiefere Wurzeln schlug. Die Gestaltung des Wirtschaftslebens wurde unwillkürlich zum besten Anschauungsunterricht und zur Warnung für die meisten, die bis dahin ihren Berufsorganisationen mehr oder weniger gleichgültig gegenüberstanden. Das zeigte sich nicht nur in unserer Organisation, sondern in allen andern freien Gewerkschaften, soweit sich jetzt schon bei ihnen das Fazit des vergangenen Jahres ungefähr ziehen läßt. Das dagegen alle jene auch Arbeiterorganisationen, die sich in vollständiger Verkennung der gemeinsamen wirtschaftlichen Lebensbedingungen heutiger Zeit mit einem religiösen oder nationalen Mantelchen drapieren haben, nicht mehr in dem gleichen Maße die Zahl ihrer Anhänger oder Mitläufer erhöhen konnten wie früher, ist gleichfalls eine erfreuliche Tatsache für alle, die mit uns der Meinung sind, daß die Arbeiterschaft nur an Ansehen und Macht gewinnen würde, wenn sie von betagten Zersplitterungsbestrebungen verschont bliebe. So zeigte sich auch nach dieser Richtung die unglückliche Entwicklung der Lebensverhältnisse im Jahre 1911 als werdende Kraft für die bessere Erkenntnis, von welcher Seite für die Arbeiter die wirksamste Hilfe zu erwarten ist. Der verstärkte wirtschaftliche Druck wurde zum Wegweiser für den allein richtigen Weg zur Abhilfe: zum engeren und besseren Zusammenschlüsse. Dadurch wurde die ideelle Widerstandskraft geboben und das Fundament der freien Gewerkschaften wesentlich gestärkt. Die Vorteile dieser Erziehung werden sich zwar für die Arbeiterschaft erst in Zukunft zeigen, aber dann ihr schwerlich wieder zu entreißen sein. Die im Laufe dieses Jahres noch erscheinenden genannten Zusammenstellungen aus einzelnen Organisationen und Berufsverbänden werden dies sicherlich bewährten. Die mächtigen Anstrengungen der Arbeiterschaft in allen in Frage kommenden Parteien, den immer fühlbarer werdenden Zusammenschluß der Arbeiter zu unterbinden, sind vorläufig die besten Gradmesser für die mächtige und zielbewußte Aufwärtsbewegung der deutschen Arbeiterschaft im vergangenen Jahr. Und von jeher war

„zungen“ sich getragen haben. Da soll man denn doch nicht über die in einer Zwangslage befindlichen Gehilfen einen unangebrachten Born entladen, sondern an die eigene Brust schlagen.

Un einer andern, noch nicht zitierten Stelle wird in dem Artikel nach der Feststellung des in geschäftlicher Beziehung zufriedenstellenden Verlaufes des Jahres 1911 gefagt:

Ob das kommende Jahr dieselbe Note verdienen wird, muß als sehr ungewiß bezeichnet werden, da der neue Buchdrucktarif für uns Zeitungsverleger schwere Lasten bringt, welche durch erhöhte Mehreinnahmen in vielen Fällen teilweise, in manchen Fällen aber nur wenig wieder ausgeglichen werden können.

Wir haben in den Artikeln „Kampf um Sein oder Nichtsein“ (Nr. 133 und 134 v. J.) schon die Hyperbeln des Zeitungsverlegerorgans beleuchtet, den Kleinen und den mittleren Verlegern ihre schwierige Lage jedoch nicht besprochen, den Großen aber es ebensovienig verargt, wenn sie in einer Erhöhung der Einnahmen Deckung suchen. Die zu diesem Zweck ausgegebene Parole lautete bekanntlich: „12-15 v. H.“. Nun ist uns ja bekannt, daß ein Teil weder das Abonnement noch den Inseratenpreis erhöht oder eine Vermehrung der Anzeigenspalten vorgenommen hat. Das dürften jedoch nicht allzuviel Blätter sein; es soll aber erwähnt sein, daß auch große Zeitungen von solchen Maßnahmen abgesehen haben. Wenn also hier kein direkter Ausgleich versucht worden ist, so liegt doch der Schluß nahe, daß es auch ohne Preis erhöhungen bei diesen geht. Es soll auch zugegeben werden, daß der kleinen Presse mit diesen Mitteln nur ein teilweiser Ausgleich möglich ist. In den andern Fällen aber — und diese werden den größeren Teil ausmachen — wird mit der gleichmäÙ erfolgten Vermehrung der Einnahmen die durch den Tarif bedingte Steigerung der Ausgaben bestimnt ausgeglichen. Und auch die Fälle werden gar nicht so selten sein, daß einigermaßen gutgehende Blätter dabei nicht nur die gleichfalls gestiegenen sonstigen Regielosten wieder einholen, sondern darüber hinaus noch ein ganz annehmbares Geschäft machen. Das nachzurednen, ist bei Zeitungen, wie wir sie im Auge haben, gar kein Kunststück. Wir sind loyal genug, anzuerkennen, daß dies auf florierende Blätter aller Richtungen zutrifft, und wollen daraus keinen Vorwurf herleiten. Aber wenn man weiß und sieht, um wieviel schwerer es die Lohndruckereien haben, die tariflichen Erhöhungen wieder einzubekommen, und welche Schwierigkeiten diesen dabei bereitet werden — namentlich in den Buch- und den Verlegern der Fachpresse, die höchstensfalls die Hälfte der geforderten Druckpreiserhöhung bezahllen wollen —, dann muß einmal deutlicher auf die wesentlich günstigere Position der Zeitungsverleger aufmerksam gemacht werden. Auch darauf, daß es dieser Prinzipalsparte nicht wohl ansteht, über eine große Unzufriedenheit der Gehilfen und im Besonderen der Maschinenfegerpartie zu zernern, wo doch die eigne fast keine Grenze kennt.

Wir haben den Maschinenfegerkollegen manche Vorhaltungen machen müssen, wenn der „Zeitungsverlag“ aber die halbe Stunde, die die in Zeitungsbetrieben Beschäftigten dieser Spezialgruppe jetzt täglich mehr arbeiten müssen, quasi als einen Wappenstein hinstellt, von ihnen sagt, sie wollten immer nur nehmen, und die eignen Vergünstigungen „wahrlich herzlich gering“ nennt, dann dünkt uns das Maß einer solchen Kritik so voll zu sein, daß wir dagegen protestieren müssen. Will man denn absolut die Beunruhigungspolitik der letzten drei Jahre fortsetzen? Haben die Zeitungsbetriebe denn nicht das größte Interesse an einer ruhigen Gestaltung der Dinge? Und ist nicht gerade für sie die Tarifgemeinschaft die beste Gewähr dafür?

Die Art und Weise, wie vom „Zeitungsverlag“ auf die unbedingte Einführung der Arbeitszeitverlängerung hingearbeitet wird, will uns nicht als ein Anzeichen erscheinen, daß besonderer Wert auf die Erhaltung eines geordneten Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gelegt wird. Es wird doch kein Zeitungsverleger an der Ausnutzung dieser tariflichen Bestimmung verhindert. Was es aber in den halb vierzig Jahren der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker Brauch und Sitte war, darf auch kein Prinzipal an der Wegnahme besonderer Vergünstigungen bei den Arbeitsbedingungen behindert werden. Das bezieht sich auch auf die Arbeitszeit. Die nun endlich heimgegangene alte Blantesche Wetterfahne hat zwar einmal den wunderbaren Standpunkt vertreten, daß eine kürzere Arbeitszeit als die festgelegte untarifliche sei. Sie löste damit aber nur Gelächter aus. Denn keinem Menschen war es eingefallen, etwa die achtstündige Arbeitszeit als einen Vorstoß gegen den Tarif anzusehen. Was die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ damit vertrat, war vielmehr eine völlige Verkennung des Umstandes, daß wir einen Minimaltarif haben, der also in der Lohnhöhe wie in der Kürze der Arbeitszeit keine Begrenzung hat. Der „Zeitungsverlag“ ging vor einiger Zeit nicht minder weit, als er in einer kürzeren Arbeitszeit in den Zeitungssechsmaschinenabteilungen den Grundhaft von Treu und Glauben geschildert erklärte. Das sind einfach Übertreibungen. Wir meinen, es sollte jedem Zeitungsverleger überlassen bleiben, bei dem, was sich in seinem Betriebe praktisch behährt hat, zu verbleiben oder nicht. Aus dem, was das gedachte Organ über die „höfe“ Seite des Jahres 1911 zu sagen hat, spricht unsres Erachtens etwas andres als der rechte Tarifgemeinschaftsgeist. Wir bedauern das, können es aber nicht ändern, und geändert wird ja auch an dem Laufe der Dinge durch den „Zeitungsverlag“ nichts. Denn nicht er befindet sich in dem richtigen Gleise, sondern — die andern!

(Fortsetzung folgt)

macht gegen die eigne Arbeiterschaft doch nicht erfolgt. Auch trotz des Berliner Beispiels vom Juni 1911 nicht, das gemäß in seiner Art einzig war. Einmal ist eine wenn auch ausnahmsweise geforderte, so doch außerst schwerwiegende Solidarität nicht immer möglich in den Fällen, wo bisher das dauernde Verhältnis der mildendste Konkurrenzkampf war. Zum andern paßt sicher die von dem Zeitungsverlegerverein seit einer Reihe von Jahren verfolgte Tendenz einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Herausgebern nicht; ihnen liegt nicht an einer Verschärfung der Beziehungen zu der Arbeiterschaft, und daß die Organisation der Zeitungsverleger aller Augenblicke von dem Arbeitgeberverband über den großen Klee gelobt wird, ist ihnen ein Vergnügen. Drittens aber sind sich die Kleinen und die mittleren Zeitungsverleger darüber klar, daß die Großstadtpresse, deren Besitzer zum Teil den Zeitungsverlegerverein in eine Ideenassoziation zum Scharfmacherverbande gebracht haben, bei einem Kampf im Buchdruckgewerbe obendrein noch geschäftlich über die Provinzblätter triumphieren würden. Wenn der „Zeitungsverlag“ es trotzdem beharrt, „daß sich dies mal der Kampf hat vermeiden lassen“, so hat nach allem, was dieses Organ über die „höfe“ Seite des vergangenen Jahres zu sagen weiß, diese Konstatierung einen Unterton, der zu dem entgegengelegten Schlusse führt. Die verschiedensten Auslassungen in dem Jahresartikel geben dieser Annahme fast eine Berechtigung, wie denn auch von den betroffenen Abwehrmaßnahmen gesagt werden kann, daß sie im geraden Gegensatz zu der von der Arbeiterschaft zur Tarifrevision bekundeten Friedensliebe bisweilen den Charakter von Provokationen angenommen hatten. Die Geschichte der Sechsmaschinenschule in Karlsruhe ist der untrügliche Beweis dafür. Jedenfalls kann es dem Zeitungsverlegerverein nicht zum Verdienste angerechnet werden, daß ein folgenschwerer und opfervoller Kampf unserm Gewerbe erspart geblieben ist und die tarifliche Ordnung aufrecht erhalten werden konnte, die nach solchen Verlautbarungen so manchem von dieser Prinzipalsparte ein Dorn im Auge sein muß.

Vergegenwärtigt man sich noch, wie freudig es im deutschen Blätterwalde rauschte, als die Kunde von der friedlichen Beendigung der Tarifverhandlungen in die Hände hinausging und welche Elogen der Einigkeit und dem Verständnisse der beiderseitigen Tarifverträter gemacht wurden, dann erscheint der „Epilog“ des „Zeitungsverlag“ in einem noch eigenartigeren Lichte. Wir überlassen es jedem, sich selbst seinen Vers dazu zu machen.

Von übertriebenen hohen Forderungen der Gehilfen zu sprechen und den Tarif als die Lohnerrhöhung bis zur Unentrichtlichkeit erscheinen zu lassen, kennzeichnet die vom „Zeitungsverlag“ eingeschlagene Richtung so deutlich, daß es uns nicht wundernehmen soll, wenn der „Arbeitgeber im Druckgewerbe“ in seiner nächsten Nummer über diese Töne wieder in helles Entzünden gerät. Das Organ der Zeitungsverleger möge sich aber gefagt sein lassen, daß die Arbeiterschaft keine übertriebenen hohen Forderungen gestellt hat. Wenn derjenige, der diesen scharfgespißten Jahresartikel geschrieben hat, von den Dingen, die um ihr her vor sich gehen, nur eine blaße Ahnung hätte, dann wüßte er auch wissen, daß die stark steigende Verteuerung des Lebensunterhalts wirklich keine Erfindung der Buchdruckergehilfen, sondern eine allgemein anerkannte Tatsache ist.

Eine bedauerliche und in ihren Hauptursachen traurige Ursache, die im Reichstage, den Bundesstaats- und den Einzelparlamenten vielfach schon eine große Rolle gespielt, zu Gehaltsaufbesserungen der Beamten und der Staatsarbeiter und sogar zu einer anständigen Erhöhung der Zivilisten des preussischen Königshauses geführt hat. Die buchgewerblichen Arbeiter können also dem „Zeitungsverlag“ zuteile nicht allein das Kunststück fertig bringen, von dieser Verteuerung nichts zu spüren.

Die Zeitungsverleger könnten aber manches, wenn nicht vieles tun, solche Verteuerungverhältnisse hintanzuhalten. Ihre Blätter brauchen nur eine die Allgemeininteressen mehr wachsende Politik zu treiben, anstatt die extrem-agrarische Sochschußpolitik in ihrer ganzen Unsinnigkeit zu fördern. Es erscheint fast so, als ob dem „Zeitungsverlag“ erst groß und breit auseinandergelegt werden muß, daß die unbedeutende Bevölkerung und damit auch die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe stärker unter diesem Zustande zu leiden hat als die, die bei der Wahl ihrer Eltern oder Schwiegereltern mehr Vorsicht beobachten konnten. Weiter scheint es ihm unbekannt zu sein, daß die Fertigungsindustrie ganz bedeutend unter dem geltenden Zolltarife zu leiden haben, und nicht zuletzt das grasphische Gewerbe in seinem Export; daß aber die Schwerindustrie gleich den Juntarn alles Fett abschöpft. Man spüre also den Ursachen der Gehilfenforderungen nicht nur etwas tiefer, sondern auch gerechter nach.

Die unverblühte Erklärung, daß die Zeitungsverleger in großer Zahl den letztmaligen Tarifschluß „unter den angenommenen Bedingungen durchaus mißbilligen“, heißt nichts andres als, daß sie ihn verurteilen. Wir haben bereits der Vermutung Ausdruck gegeben, daß ein „anderer“ Ausgang manchem der Zeitungsverleger erwünschter gewesen wäre. Nun wollen wir noch erklären, daß den Zeitungsverlegern schon bei den Tarifverhandlungen in Berlin bedeutet worden ist, gerade sie könnten wohl zufriedengestellt sein. Was auch durchaus zutrifft. Denn den Zeitungsverlegern sind nicht nur die bisherigen Vergünstigungen im Tarife verblieben, sondern durch die einhalbstündige Arbeitszeitverlängerung für die Maschinenfeger haben sie einen erheblichen Vorteil gegenüber den Werk- und Lohndruckern eingefrieden. Wenn sie trotzdem nicht befriedigt sind, so läßt das nur darauf schließen, daß sie mit den bewußten „übertriebenen hohen Forde-

es so, daß jede Reaktion unwillkürlich und ungemollt zum Schrittmacher größerer Freiheit wurde. Das werden auch die heutigen Feinde einer gesunden Volkswirtschaft an den Früchten von dem erkennen, was sie im Jahre 1911 und noch früher gefast haben.

Aber auch sonst erweist sich das hinter uns liegende Jahr als nicht so schlecht, wie man allgemein nach seinem heißen, trockenen Sommer zu schließen berechtigt schien. Wohl war die Natur ziemlich ungnädig und ließ die Sünden in unserer Zoll- und Steuerpolitik noch fühlbarer als sonst werden, aber in der Warenherstellung, in der Arbeitsgelegenheit, in Industrie, Handel und Wandel war trotzdem eine gewisse Beständigkeit und teilweise recht fühlbare Aufwärtsbewegung zu konstatieren. Durchweg war die Zahl der Beschäftigten in jedem Monat um 4—7,5 Proz. höher als in den Parallelmonaten des Jahres 1910. Während der ersten Monate des Jahres einen Rückgang des Beschäftigungsgrades aufwiesen, brachten die mittleren Jahresmonate einen kräftigen Aufschwung; auch das letzte Drittel des Jahres war hinsichtlich der Erwerbsmöglichkeit besser als das erste Drittel. Im Vergleiche zu den beiden vorhergehenden Jahren war das Jahr 1911 das beste an Arbeitsgelegenheit im allgemeinen.

In der vermehrten Arbeitsgelegenheit spiegelt sich die Bewußtheit, daß trotz mancher Hemmnisse in der Entwicklung von Industrie und Handel im Jahre 1911 ein kräftiges Vorwärtsschreiten stattfand. Die angebeuteten Hemmnisse lagen meist auf politischem Gebiet, und zwar wiederum nur hervorgerufen durch Expansionsgelüste profitgieriger Großkapitalisten. Der Marokkorummel bildete monatelang eine merkwürdige Hemmung des Wirtschaftslebens. Während der Dauer dieser Spannung zogen viele ausländische Kapitalisten ihre in deutschen Unternehmungen angelegten Gelder zurück. Sie fürchteten, durch einen Krieg ihr Guthaben einzubüßen. Diese Angstmeierei ausländischer Kapitalisten führte sogar zu einer gewissen Knappheit auf dem Geldmarkte. Zu ihrer Befreiung interpellierten die Vertreter der Großbanken die Reichsregierung, und erst als diese erklärte, es bestände keine Kriegsgefahr, wurde das industrielle und kommerzielle Leben wieder etwas freier. Die Veränderungen des Zinsfußes der Reichsbank sind für diese unsicheren Schwankungen der beste Gradmesser. Im Februar wurde der Zinsfuß von 5 auf 4 Proz. ermäßigt und im September wieder auf 5 Proz. erhöht. Dabei sprach man im Ausland schon von einer deutschen Finanzkrise. Gegen Schluß des Jahres war jedoch nach allgemeinen Berichten der Börse keine Rede mehr davon.

Das rüstige Vorwärtsschreiten in der Industrie erweist sich zunächst in der Kohlenförderung, die gegenüber dem Vorjahr im Deutschen Reich von 152 auf etwa 162 Millionen Tonnen stieg. Auch die Koksenerzeugung, die schon seit einigen Jahren sogar jene Englands übersteigt, erhöhte sich im vergangenen Jahre von 14,8 auf 15,5 Millionen Tonnen. Die Einnahmen der Eisenbahnen erbrachten bis Ende November gleichfalls 180 Millionen mehr als in der gleichen Zeit des Jahres 1910. Die Einfuhr überstieg die der Ausfuhr um 974 Millionen Mark. Besondere Fortschritte machte die Konzentrationsbewegung des Großkapitals. Es entwickelte sich da allmählich eine Konstellation, die den Großbanken eine die Staatsgewalt und Warenproduktion beherrschende wirtschaftliche und soziale Macht sichert. Denn immer mehr entwickeln sich die Großbanken zu Kontrollstellen und Direktoren des gesamten wirtschaftlichen Lebens. Sie dienen nicht nur als Sammelbecken des Kapitals. Als kapitalistische Großmächte dirigieren sie auch in wachsendem Maße die Finanz- und Arbeiterpolitik der industriellen Unternehmungen. Ein Überblick über die Summen, mit denen die Großbanken arbeiten, dürfte daher interessieren. Nach dem Stande vom vorigen Jahre ergeben sich folgende Summen in Millionen Mark, der Umsatz in Milliarden Mark:

Bank	Aktienkapital	Reserve	Umsatz	Reingewinn	Dividende Proz.
Deutsche Bank	200	106	112	32,5	12 1/2
Dresdner Bank	200	62	84	25,1	8 1/2
Diskontogesellschaft	170	60	53	23,6	10
Darmstädter Bank	160	32	?	11,1	6 1/2
Schaaffhausen	145	34	19	14,9	7 1/2
Berliner Handels-gesellschaft	110	34 1/2	15	13,2	9
Kommerzbank	85	13	28	6,2	6
Nationalbank	80	14	19	8,6	7
Mitteldeutsche Kredit-bank	54	8	9	4,5	6 1/2

Im vergangenen Jahre haben verschiedene Banken ihr Aktienkapital noch um 46 Millionen Mark erhöht; somit resultiert ein Gesamtkapital von 1286 Millionen Mark. Die Reserven belaufen sich auf über eine Drittel Milliarde Mark. Die Summe der in den Banken arbeitenden Kapitalien beträgt sich auf über 5 Milliarden Mark und der Umsatz beträgt 330 Milliarden Mark. Der Rohgewinn der neun Banken ist von rund 217 Millionen Mark auf 229 Millionen Mark gestiegen, der Reingewinn von 135 1/2 Millionen Mark auf 139 1/2 Millionen Mark. Das ist ein Teil des Kapitalprofits, den die schaffende Arbeit aufbringen muß! Auch sonst zeigte sich die Belebung der Warenherstellung für die kapitalistischen Erwerbsgesellschaften bereits in einer respektablen Erhöhung der Gewinne. Nach dem „Reichsanzeiger“ haben fast sämtliche deutsche Aktiengesellschaften eine Erhöhung ihrer Dividenden vornehmen können. Soweit bis Ende Oktober vorigen Jahres die Bilanzen veröffentlicht wurden, ergeben sich für die ersten drei Quartale folgende Resultate:

	Aktienkapital in Mill. Mk.	Dividenden in Proz.
	1910/11	1909/10
Bergbau und Hütten	1628	7,9
Eisengewerbe	1111	8,3
Elektrizitäts- u. Gasgesellschaft	445	7,6
Nahrungsmittel- und Genussmittel	517	6,7
Textilfabriken	515	9,0
Bergergewerbe	99	11,1
Welleidung und Reinigung	15	8,3
Baugewerbe	491	3,5
Steine und Erden	381	6,7
Holz- und Schnitzstoffe	76	9,1
Chemische Industrie	424	15,3
Papiergewerbe	115	5,2
Graphisches Gewerbe	53	6,6
Handel	102	5,7
Banken	3833	8,2
Verkehr	1555	4,3
Wasserbergung und Erquickung	68	3,7
Sonstige Gesellschaften	101	6,3

Noch deutlicher ergibt sich die zunehmende Rentabilität der Aktiengesellschaften aus einer Abhandlung, die Richard Calver vor einiger Zeit im „Tag“ veröffentlichte. Da werden 253 Aktiengesellschaften unter die Lupe genommen, die im Monate September vorigen Jahres ihre Bilanzen für das laufende Geschäftsjahr bekanntgaben. Diese Gesellschaften verfügen jetzt über ein Kapital von nahezu 407 Millionen Mark, während sie im Jahre 1910 über wenig mehr als 387 Millionen Mark das Verfügungsgeld besaßen. Demnach ist im Laufe des letzten Geschäftsjahres eine Erhöhung des Aktienkapitals um fast 20 Millionen Mark eingetreten. Von den genannten 253 Aktiengesellschaften haben 215 ihre Geschäftsberichte so veröffentlicht, daß ein Vergleich der Dividendenergebnisse in den letzten Jahren möglich ist. Das gesamte Aktienkapital dieser Gesellschaften ist von 359219000 Mk. im Jahre 1909/10 auf 363162000 Mk. im abgelaufenen Betriebsjahre gestiegen. Für das Geschäftsjahr 1910/11 wurden 20372000 Mark Dividende ausgeschüttet. Das bedeutet gegen das vorangegangene Jahr eine Steigerung um 1649000 Mk. In Prozenten des Nominalkapitals ergibt sich eine Besserung des Dividendenetrags von 5,2 Proz. auf 5,6 Proz. In den Monaten Januar bis September 1911 haben insgesamt 323 Aktiengesellschaften ihre Geschäftsberichte für das Jahr 1910/11 publiziert. Das Grundkapital dieser Gesellschaften belief sich am Ende des letzten Betriebsjahres auf 1341770000 Mk. Mit hin gibt gegen das Vorjahr eine Zunahme um 4490904000 Mk. zu verzeichnen. Ein Vergleich der diesjährigen und vorjährigen Dividendenergebnisse läßt sich bei 328 Aktiengesellschaften, deren Aktienkapital 10823380000 Mk. beträgt, anstellen. Gegen das Vorjahr ist eine Erhöhung der Grundkapitalien um 385664000 Mk. eingetreten. Für das Geschäftsjahr 1910/11 wurden insgesamt 200322000 Mk. Dividende verteilt. Im Jahre 1910 kamen 792761600 Mk. zur Ausschüttung an die Aktionäre. Mit hin ergibt sich eine prozentuale Steigerung der Dividendeneträge von 7,6 auf 7,9 Proz.

Weniger günstig war das Jahr 1911 für die breite Masse der Bevölkerung. Es brachte eine verhängnisvolle Verteuerung der Lebenshaltung. Wir mühten vieles wiederholen, wenn wir Einzelheiten dieser Schattenseite unfres „bewährten“ Wirtschaftssystems an dieser Stelle aufzählen wollten. In ausführlichen Artikeln haben wir das schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres getan, so daß wir damit rechnen können, die Leser des „Korr.“ noch auf dem laufenden zu wissen. Außerdem handelt es sich ja um eine Sache, die jeder von uns praktisch selbst zu kosten bestimt und noch bekommt. Aber eins müssen wir doch feststellen: der heiße und trockene Sommer ist in Wirklichkeit nur zum geringsten daran schuld gewesen. Denn wie sich jetzt herausstellt, ist die Ernte mit wenigen Ausnahmen im großen und ganzen wesentlich besser ausgefallen als vorher angenommen wurde. Hauptsächlich trifft dies auf die Körnerarten zu. Die Weizenernte ergab 200000 Tonnen mehr als im Jahre 1910, Roggen brachte 350000 und Gerste 250000 Tonnen mehr, dagegen Hafer 200000 und Kartoffeln etwa 9 Millionen Tonnen weniger. Insgesamt rechnet sich die Ernte mit Ausnahme der Kartoffeln und Gemüse eine Herabsetzung der Preise und doch ist das Gegenteil zu konstatieren. Woran das liegt und wo die wirklich Schuldigen an diesen, besonders die Arbeiterchaft bedrückenden Gegensätzen zu suchen ist, haben wir zuletzt in den Nr. 128 und 130 vom vorigen Jahre mit aller Deutlichkeit auseinandergesetzt. Wir haben dem damals Gesagten bis jetzt noch nichts wesentlich Neues hinzuzufügen.

Aber auch außer diesen allgemeinen ungünstigen Erscheinungen war das Jahr 1911 für die Arbeiterchaft und deren vorwärtstrebende Organisationen hinsichtlich einer greifbaren Vesterstellung ihrer wirtschaftlichen Lage reich an Schwierigkeiten und Hemmnissen. Die Günstigkeit der Unternehmer, die Arbeiter an den besseren Erträgen teilnehmen zu lassen, ließ auffällig viel zu wünschen übrig. Die Grubenherren, die Eisenbahnverwaltungen, die Konfektionäre in Berlin, die Tabakfabrikanten, die Hamburger Holzmänner, die Unternehmer von Senefelderbrannt und noch viele andre zeigten sich sehr robust und kühl gegen ihre Arbeiter. Ausperungen, um die Arbeiter gefügiger zu machen, waren weit häufiger zu verzeichnen als in früheren Jahren. Dazu kam noch eine forcierte Hege gegen die Gewerkschaften mit dem Endeziel, ihre Abwehrkraft durch Ausnahmeergesse zu unterbinden. Zu diesem Beginnen mußte in letzter Zeit auch sehr viel die Phrase herhalten, daß die Lohnkämpfe der Arbeiterchaft von großem Schaden für die Volkswirt-

schaft seien. Da ist es denn sehr zu begreifen, wenn ein führendes Organ auf volkswirtschaftlichem Gebiete wie die „Konjunktur“ ein kräftiges Wortlein zu dieser Sogpiferei zu sagen weiß, indem es u. a. schreibt: „... Ober sollen die Arbeiter auf Forderungen zur Erhöhung ihres Lohnniveaus verzichten? In einer Zeit verzichten, wo Kartelle, Kräfte, Spekulantengruppen, das Börsenpublikum, Konventionen, Monopole den Markt durch ihre Preistransaktionen fortgesetzt beunruhigen, schädigen und vermirren? Da will man den Arbeitern einen Strick daraus drehen, daß sie angesichts der allgemeinen Jagd nicht nach Verdienst, sondern meistens nach Gewinn — nach teilweise ganz ungebührlich hohem Gewinne, — daß sie ihren Arbeitsverdienst zu steigern trachten? ... Man bestreitet oft, daß die Streikerfolge das Lohnniveau der Arbeiterchaft erhöhen, die Kosten der Kämpfe seien im Effekte höher als die erreichten Lohnzunahmen. Diese Behauptung ist falsch und die dafür gegebenen Ziffern sind nicht beweiskräftig. Die Volkswirtschaft kann den Schaden, der ihr aus den Lohnkämpfen vorübergehend erwächst, weit leichter verschmerzen als den Schaden, der einer Volkswirtschaft aus einer unorganisierten, widerstandslosen Masse von Arbeitern auf die Dauer entstehen würde. Die deutsche Industrie dankt ihre vorzügliche Arbeiterchaft zum Teil der Schulung der Arbeiter durch die Gewerkschaften. Und diese Schulung legt ihre Examina bei den Lohnkämpfen ab, die um so eher vermieden werden können, je früher die Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen sich gleich stark einander gegenüberstellen.“

Das sind die Erfahrungen und Lehren aus dem Jahre 1911 vom Standpunkte der Volkswirtschaft aus für uns. Die Arbeiter, die Gewerkschaften und wir Buchdrucker insbesondere können reichliche Nutzenanwendung für die Arbeit im neuen Jahre wie überhaupt für die Zukunft daraus ziehen. Aufsteigend war die Konjunktur. Gewerbe, Handel und Wandel florierten trotz Ungunst der Natur und Politik. Eine gesunde Kraft ruht im Völkerverleben aller Kulturenationen und die organisierte Arbeiterchaft hat sich weiterfest gezeit, hat Verbessert entwickelt wie kaum zuvor. Wir Buchdrucker haben durch die Kraft unserer erprobten Organisation einen kräftigen Schritt nach vorwärts auf dem Wege des Tarifvertrags getan und damit aufs neue bekundet, daß wir weder Kampf noch Frieden um jeden Preis wollen, sondern in der Hauptsache bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wenn uns das auch durch den neuen Tarifabschluß nicht in dem Maße gelungen ist, wie wir es alle gern wünschten, so sei dies uns eine neue Lehre und ein Impuls zur Vertiefung unfres Verständnisses für die wirklichen Ursachen dieser Unvollkommenheiten, deren Ausmerzung und Bekämpfung nicht zuletzt auch in unfren eignen Reihen notwendig sein wird. Wenn wir dabei nicht vergessen, daß unfre Organisationsarbeit uns eine eigne gewerbliche Vertiefung gebracht hat, die trotz mancher Schattenseiten von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, dann können wir mit einem berechtigten Stolz und festem Vertrauen als Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker der Zukunft ins Auge blicken. Denn auch für unfre Gegner gelten die Worte, die Professor Schmoller in seinem Werte „Grundriß der Volkswirtschaft“ wie folgt niedergelegt hat: „Es gibt nur eine Wahl: Entweder man drückt die ganze Arbeiterchaft wieder auf das Niveau von rechtlosen Sklaven und Hörigen herab, und das ist unmöglich, oder man erkennt sie als gleichberechtigte Staatsbürger an, hebt ihre geistige und technische Bildung, läßt sie sich dann aber auch organisieren; räumt ihnen den Einfluß ein, den sie brauchen, um ihre Interessen zu wahren. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß nur diese Organisation der Arbeiter die Regierenden und die Besessenen so nachdrücklich an ihre sozialen Pflichten erinnert, daß eine ernsthafte Sozialreform in Angriff genommen wurde; die sich geltend machenden Stimmen der Wissenschaft, der Kirche, der Humanität waren in den Tagen des Zanges um das goldene Maß viel zu schwach. Die selbstbenutzte Organisation des Arbeiterstandes ist an sich der Ausdruck der weltgeschichtlichen Tatsache, daß die Menschheit eine Kulturhöhe erreicht hat wie nie früher; eine Kulturhöhe, die auch die unteren Klassen nicht mehr zum passiven Fußgestelle der oberen, sondern zu einem selbstbenutzten aktiven Gliede des Gesamtorganismus machen will und kann.“

Korrespondenzen.

H. Berlin. (Brandenburgischer Maschinen-seherverein.) In der am 7. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Vereins, zu der etwa 600 Kollegen erschienen waren, wurde eingangs das Andenken des verstorbenen Kollegen Krönide in üblicher Weise gezeit. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde bekanntgegeben, daß Kollege Braun wieder in den Vorstand und Kollege Kretschmer als Mitglied des Schlichtergerichts gewählt sei. Die durch Urabstimmung vorgenommene Wahl der Zentralkommission ergab die Entsendung der Kollegen Falke, Franz, Kottke, Lecher, Löbe, Richthagen und Bierath in diese Institution, von der die Vereine bald ein Lebenszeichen erhalten werden. Den scheidenden Kollegen der ehemaligen Kommission widmete der Versammlungsleiter Worte des Dankes für ihre musterghltige Tätigkeit für die deutschen Maschinenseher und sprach die Erwartung aus, daß es auch der neuen Kommission gelingen möge, sich das Vertrauen unfres Funktionäre und der Allgemeinheit zu erwerben. Betreffs der Einführung des Tarifs wurde mitgeteilt, daß dieselbe bis jetzt ohne

Durch regelmäßig erscheinende kürzere oder ausführlichere Artikel über die wichtigsten Fragen aus dem weiten Gebiete der Volkswirtschaft hat der „Forr.“ auch im vergangenen Jahre seinen Lesern die tiefestliegenden Beziehungen zwischen der Arbeit und den Erfolgen des Volksganges, der verschiedenen Schichten der Bevölkerung sowie im einzelnen verständlich zu machen gesucht. Das soll auch in Zukunft so bleiben und das besten Kräfte erweitert und vertieft werden. Dazu ermuntert uns die eigene Erkenntnis der hohen Bedeutung eines klaren Verständnisses der Ursachen und Wirkungen aller Erscheinungen auf dem Wirtschaftsgebiete. Denn auch Erfolg oder Scheitern der gewerkschaftlichen Arbeit hängen nicht zuletzt von einer richtigen oder falschen Beurteilung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse ab, und zwar ideell wie materiell. Nur wer sich der Mühe unterzieht, etwas tiefer in das Getriebe der heutigen Wirtschaftsordnung hineinzublicken, der wird den Schlüssel zu mancher ihm vorher unverständlichen Entwicklung des Volks- und Berufslebens finden. Vertrauen zur eignen Arbeit, zum eignen Vorwärtsstreben, Bewahrung vor Fehlurteilen und nutzloser Zersplitterung der Kräfte bringt das Studium und die Untersuchung der Volkswirtschaft in hohem Maße mit sich. Dazu durch unsere Arbeit in sachlicher Weise zu verhelfen, bildete die Triebfeder zur Einreichung der Rubrik „Volkswirtschaft“ in das Programm des „Forr.“. Und in diesem Sinne glauben wir auch in Zukunft Verständnis bei allen jenen zu finden, für die unser Verbandsleben selbst ein wesentlicher Faktor der Volkswirtschaft ist.

Wenn wir von diesem Gesichtspunkt aus einen Rückblick auf das allgemeine wirtschaftliche Getriebe im Jahre 1911 werfen, so werden wir bei einem Vergleiche mit den Resultaten unserer eignen gewerkschaftlichen Arbeit, die sich neben einer beträchtlichen Mitgliederzunahme vor allen Dingen im Abschlusse des neuen Tarifs verkörpern, einen scheinbaren Widerspruch feststellen können. Unse Gewerkschaftsarbeit steht in ihren Ergebnissen in unzweifelhaft besserem Licht als die Signatur des allgemeinen Wirtschaftslebens für die breiten Volksmassen. Eine anscheinliche Vermehrung der Verbandsmitgliederzahl und des Verbandsvermögens im vergangenen Jahre dürfen wir mit Recht bis zu einem gewissen Grad als die logische Folge einer auf langjährigen Erfahrungen aus den Wechselwirkungen der Volkswirtschaft auf gebauten Organisationspolitik einschätzen. Dazu kommt noch die erfreuliche Tatsache, daß nach den vorliegenden Monatsabrechnungen unfres Hauptverwalters für die Monate Januar bis einschließlich November 1911 das Ausgabentonto für Arbeitslohn am Ort und auf der Weise mit 1848 Gehilfen, 51 930 Tagen und 90 564,25 M. „weniger“ belastet wurde als in der gleichen Periode des Jahres 1910; außerdem zeigt sich die günstige Gestaltung der Finanzen des Verbandes auch darin, daß sich das Verbandsvermögen nach dem Stande vom 1. Oktober 1911 mit 8721 959 M. um über 700 000 M. höher stellte als zum gleichen Termine des Vorjahres. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet war also das Jahr 1911 für die Entwicklung unfres Verbandes kein ungünstiges. Aber auch für die übrigen freien Gewerkschaften war dies im allgemeinen so. Während sich im Jahre 1911 für die arbeitende Bevölkerung der Druck einer durch und durch verkehrten Wirtschaftsordnung in schlimmerer Weise fühlbar machte, bewirkte unzweifelhaft gerade dieser Umstand, daß der Gewerkschafts- und Solidaritätsgedanke innerhalb der Arbeiterkraft um so tiefere Wurzeln schlug. Die Gestaltung des Wirtschaftslebens wurde unwillkürlich zum besten Anschauungsunterricht und zur Warnung für die meisten, die bis dahin ihren Berufsorganisationen mehr oder weniger gleichgültig gegenüberstanden. Das zeigte sich nicht nur in unfreier Organisation, sondern in allen andern freien Gewerkschaften, soweit sich jetzt schon bei ihnen das Fazit des vergangenen Jahres ungefähr ziehen läßt. Daß dagegen alle jene Arbeiterorganisationen, die sich in vollständiger Verleugnung der gemeinsamen wirtschaftlichen Lebensbedingungen heutiger Zeit mit einem religiösen oder nationalen Mantelchen drapiert haben, nicht mehr in dem gleichen Maße die Zahl ihrer Anhänger oder Mittläufer erhöhen konnten wie früher, ist gleichfalls eine erfreuliche Tatsache für alle, die mit uns der Meinung sind, daß die Arbeiterkraft nur an Ansehen und Macht gewinnen würde, wenn sie von derartigen Zersplitterungsbestrebungen verschont bliebe. So zeigte sich auch nach dieser Richtung die ungünstige Entwicklung der Lebensverhältnisse im Jahre 1911 als verbende Kraft für die bessere Erkenntnis, von welcher Seite für die Arbeiter die wirksamste Hilfe zu erwarten ist. Der verstärkte wirtschaftliche Druck wurde zum Wegweiser für den allein richtigen Weg zur Wohlilfe: zum engeren und besseren Zusammenschlusse. Dadurch wurde die ideale Widerstandskraft gebildet und das Fundament der freien Gewerkschaften wesentlich gestärkt. Die Vorteile dieser Ergründung werden sich zwar für die Arbeiterkraft erst in Zukunft zeigen, aber dann ihr schwerlich wieder zu entreißen sein. Die im Laufe dieses Jahres noch erscheinenden genannten Zusammenstellungen aus einzelnen Organisations- und Berufsverbänden werden dies sicherlich bewahrheiten. Die mächtigen Anstrengungen der Arbeiterseite in allen in Frage kommenden Parteien, den immer fühlbarer werdenden Zusammenschlus der Arbeiter zu unterbinden, sind vorläufig die besten Gradmesser für die mächtige und zielbewußte Aufwärtsbewegung der deutschen Arbeiterkraft im vergangenen Jahr. Und von jeher war

lungen“ sich getragen haben. Da soll man denn doch nicht über die in einer Zwangslage befindlichen Gehilfen einen unangebrachten Born entladen, sondern an die eigne Brust schlagen.

An einer andern, noch nicht zitierten Stelle wird in dem Artikel nach der Feststellung des in geschäftlicher Beziehung zufriedenstellenden Verlaufs des Jahres 1911 gefagt:

Ob das kommende Jahr dieselbe Note verdienen wird, muß als sehr ungewiß bezeichnet werden, da der neue Buchdrucklohntarif für uns Zeitungsverleger schwere Lasten bringt, welche durch erhöhte Mehreinnahmen in vielen Fällen teilweise, in manchen Fällen aber nur wenig wieder auszugleichen werden können.

Wir haben in den Artikeln „Kampf um Sein oder Nichtsein“ (Nr. 133 und 134 v. J.) schon die Hyperbeln des Zeitungsverlegerorgans beleuchtet, den Kleinen und den mittleren Verlegern ihre schwere Lage jedoch nicht bestritten, den großen aber es ebenjowenig verargt, wenn sie in einer Erhöhung der Einnahmen Deckung suchen. Die zu diesem Zweck ausgegebene Parole lautete bekanntlich: „12—15 v. H.“. Nun ist uns ja bekannt, daß ein Teil weder das Abonnement noch den Inseratenpreis erhöht oder eine Vermehrung der Anzeigenspalten vorgenommen hat. Das dürften jedoch nicht allzuviel Blätter sein; es soll aber erwähnt sein, daß auch große Zeitungen von solchen Maßnahmen abgesehen haben. Wenn also hier kein direkter Vergleich versucht worden ist, so liegt doch der Schluß nahe, daß es auch ohne Preis erhöhungen bei diesen geht. Es soll auch zugegeben werden, daß der Kleinen Presse mit diesen Mitteln nur ein teilweiser Ausgleich möglich ist. In den andern Fällen aber — und diese werden den größeren Teil ausmachen — wird mit der gleichwie erfolgten Vermehrung der Einnahmen die durch den Tarif bedingte Steigerung der Ausgaben bestimmt ausgeglichen. Und auch die Fälle werden gar nicht so selten sein, daß einigermaßen gutgehende Blätter dabei nicht nur die gleichfalls gestiegenen sonstigen Regelkosten wieder einholen, sondern darüber hinaus noch ein ganz annehmbares Geschäft machen. Das nachzurechnen, ist bei Zeitungen, wie wir sie im Auge haben, gar kein Kunststück. Wir sind loyal genug, anzuerkennen, daß dies auf florierende Blätter aller Richtungen zutrifft, und wollen daraus keinen Vorwurf herleiten. Aber wenn man weiß und sieht, um wieviel schwerer es die Lohnbrudereien haben, die tariflichen Erhöhungen wieder einzubekommen, und welche Schwierigkeiten diesen dabei bereitet werden — namentlich von den Buch- und den Verlegern der Fachpresse, die höchstensfalls die Hälfte der geforderten Druckpreiserhöhung bezahlen wollen —, dann muß einmal deutlicher auf die wesentlich günstigeren Position der Zeitungsverleger aufmerksam gemacht werden. Auch darauf, daß es dieser Prinzipalsparte nicht wohl ansteht, über eine große Unsprüchlichkeit der Gehilfen und im Besonderen der Maschinensekerpartie zu ziern, wo doch die eigne fast keine Grenze kennt.

Wir haben den Maschinensekerkollegen manche Vorhaltungen machen müssen, wenn der „Zeitungsverlag“ aber die halbe Stunde, die in den Zeitungsbetrieben beschäftigten dieser Spezialgruppe jetzt täglich mehr arbeiten müssen, quasi als einen Pappentwurf hinstellt, von ihnen sagt, sie wollten immer nur nehmen, und die eignen Vergünstigungen „wahrlich herzlich gering“ nennt, dann dünnt uns das Maß einer solchen Kritik so voll zu sein, daß wir dagegen protestieren müssen. Will man denn absolut die Beunruhigungspolitik der letzten drei Jahre fortsetzen? Haben die Zeitungsbetriebe denn nicht das größte Interesse an einer ruhigen Gestaltung der Dinge? Und ist nicht gerade für sie die Zeitargemeinschaft die beste Gewähr dafür?

Die Art und Weise, wie vom „Zeitungsverlag“ auf die unbedingte Einführung der Arbeitszeitverlängerung hingearbeitet wird, will uns nicht als ein Anzeichen erscheinen, daß besonderer Wert auf die Erhaltung eines geblühenden Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gelegt wird. Es wird doch kein Zeitungsverleger an der Ausnugung dieser tariflichen Bestimmung verhin dert. Wie es aber in den bald vierzig Jahren der Zeitargemeinschaft der Buchdrucker Brauch und Sitte war, darf auch kein Prinzipal an der Gewährung besonderer Vergünstigungen bei den Arbeitsbedingungen behindert werden. Das bezieht sich auch auf die Arbeitszeit. Die nun endlich heimgegangene alte Mantelsche Wetterfahne hat zwar einmal den wunderbaren Standpunkt vertreten, daß eine kürzere Arbeitszeit als die festgelegte untarifliche sei. Sie löste damit aber nur Gelächter aus. Denn keinem Menschen war es eingefallen, etwa die achtstündige Arbeitszeit als einen Vorstoß gegen den Tarif anzusehen. Was die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ damit vertrat, war vielmehr eine völlige Verkennung des Umstandes, daß wir einen Minimaltarif haben, der also in der Lohnhöhe wie in der Kürze der Arbeitszeit keine Begrenzung hat. Der „Zeitungsverlag“ ging vor einiger Zeit nicht minder weit, als er in einer kürzeren Arbeitszeit in den Zeitungssektorsmaschinenabteilungen den Grundfaß von Treu und Glauben gefährdet erblickte. Das sind einfach Übertreibungen. Wir meinen, es sollte jedem Zeitungsverleger überlassen bleiben, bei dem, was sich in seinem Betriebe praktisch bewährt hat, zu verbleiben oder nicht.

Aus dem, was das gedachte Organ über die „böse“ Seite des Jahres 1911 zu sagen hat, spricht unfres Erachten etwas andres als der rechte Zeitargemeinschaftsgeist. Wir bedauern das, können es aber nicht ändern, und geändert wird ja auch an dem Laufe der Dinge durch den „Zeitungsverlag“ nichts. Denn nicht er befindet sich in dem richtigen Gleise, sondern — die andern!

(Fortsetzung folgt.)

macht gegen die eigne Arbeiterkraft doch nicht erfolgt. Auch trotz des Berliner Beispiels vom Juni 1911 nicht, das gewiß in seiner Art einzig war. Einmal ist eine wenn auch ausnahmsweise geforderte, so doch aber äußerst schwerwiegende Solidarität nicht immer möglich in den Fällen, wo bisher das dauernde Verhältnis der mildenste Konkurrenzkampf war. Zum andern paßt sicher die von dem Zeitungsverlegervereine seit einer Reihe von Jahren verfolgte Tendenz einer nicht unbedeutlichen Zahl von Herausgebern nicht; ihnen liegt nicht an einer Verschärfung der Beziehungen zu der Gehilfenschaft, und daß die Organisation der Zeitungsverleger aller Augenblicke von dem Arbeitgeberverband über den grünen Klee gelobt wird, ist ihnen ein Ergebnis. Drittens aber sind sich die Kleinen und die mittleren Zeitungsverleger darüber klar, daß die Großstadtresse, deren Vorgesetzter zum Teil den Zeitungsverlegervereine in eine Ideenassoziation zum Scharfmacherverbande gebracht haben, bei einem Kampf im Buchdruckgewerbe ebendenn noch geschäftlich über die Provinzialblätter triumphieren würden. Wenn der „Zeitungsverlag“ es trotzdem begrüßt, daß sich diesmal der Kampf hat vermeiden lassen, so hat nach allem, was dieses Organ über die „böse“ Seite des vergangenen Jahres zu sagen weiß, diese Konfessionierung einen Unterton, der zu dem entgegen gesetzten Schlusse führt. Die verschiedensten Auslassungen in dem Jahresartikel geben dieser Annahme fast eine Veredlung, wie denn auch von den betroffenen gewesenen Abwehrmaßnahmen gesagt werden kann, daß sie im geraden Gegensatz zu der von der Gehilfenschaft zur Tarifrevision bekundeten Friedensliebe bisweilen den Charakter von Provokationen angenommen hatten. Die Geschichte der Sechsmaschinenkule in Karlsruhe ist der untrügliche Beweis dafür. Jedenfalls kann es dem Zeitungsverlegervereine nicht zum Verdienste angerechnet werden, daß ein folgen schwerer und opfervoller Kampf unfrem Gewerbe erspart geblieben ist und die tarifliche Ordnung aufrecht erhalten werden konnte, die nach solchen Verlautbarungen so manchem von dieser Prinzipalsparte ein Dorn im Auge sein muß.

Wergegenwärtig man sich noch, wie freundlich es im deutschen Blätterwalde rauschte, als die Kunde von der friedlichen Wendigung der Tarifverhandlungen in die Lande hinausging und welche Elogen der Einsicht und dem Verständnisse der beiderseitigen Tarifverträter gemacht wurden, dann erscheint der „Epilog“ des „Zeitungsverlag“ in einem noch eigenartigeren Lichte. Wir überlassen es jedem, sich selbst seinen Vers dazu zu machen.

Von übertriebenen hohen Forderungen der Gehilfen zu sprechen und den Tarif als die Bohnerhöhung bis zur Unertaglichkeit erscheinen zu lassen, kennzeichnet die vom „Zeitungsverlag“ eingeschlagene Richtung so deutlich, daß es uns nicht wundernehmen soll, wenn der „Arbeitgeber im Druckgewerbe“ in seiner nächsten Nummer über diese Töne wieder in helles Entzücken gerät. Das Organ der Zeitungsverleger möge sich aber gesagt sein lassen, daß die Gehilfenschaft keine übertriebenen hohen Forderungen gestellt hat. Wenn derjenige, der diesen scharfgespiigten Jahresartikel geschrieben hat, von den Dingen, die um ihn her vor sich gehen, nur eine blaße Ahnung hätte, dann müßte er auch wissen, daß die stark steigende Verteuerung des Lebensunterhalts wirklich keine Erfindung der Buchdruckergehilfen, sondern eine allgemein anerkannte Tatsache ist.

Eine bedauerliche und in ihren Hauptursachen traurige Ursache, die im Reichstage, den Bundesstaaten und den Einzelparlamenten vielfach schon eine große Rolle gespielt, zu Gehaltsaufbesserungen der Beamten und der Staatsarbeiter und sogar zu einer anständigen Erhöhung der Zivilliste des preussischen Königshauses geführt hat. Die buchgewerblichen Arbeiter können also dem „Zeitungsverlag“ zuliebe nicht allein das Kunststück fertig bringen, von dieser Verteuerung nichts zu spüren.

Die Zeitungsverleger könnten aber manches, wenn nicht vieles tun, solche Verteuerungsverhältnisse hintanzuhalten. Ihre Blätter brauchten nur eine die Allgemeininteressen mehr wählende Politik zu treiben, anstatt die extrem-agrarische Hochschuttpolitik in ihrer ganzen Unsinngigkeit zu fördern. Es erscheint fast so, als ob dem „Zeitungsverlag“ erst groß und breit auseinandergelegt werden muß, daß die unbedeutende Bevölkerung und damit auch die Gehilfenschaft im Buchdruckgewerbe stärker unter diesem Zustande zu leiden hat als die bei der Wahl ihrer Eltern oder Schwiegereltern mehr Vorsicht beobachtenden konnten. Weiter scheint es ihm unbekannt zu sein, daß die Fertigin dustrien ganz bedeutend unter dem geltenden Poltarife zu leiden haben, und nicht zuletzt das graphische Gewerbe in seinem Epport; daß aber die Schwerindustrie gleich den Junkern alles Fett abschöpft. Man spüre also den Ursachen der Gehilfenforderungen nicht nur etwas tiefer, sondern auch gerechter nach.

Die unerblickliche Erklärung, daß die Zeitungsverleger in großer Zahl den letztmaligen Tarifabschluß „unter den angenommenen Bedingungen durchaus mißbilligen“, heißt nichts andres als, daß sie ihn verurteilen. Wir haben bereits der Vermutung Ausdruck gegeben, daß ein „anderer“ Ausgang manchem der Zeitungsverleger erwünschter gewesen wäre. Nun wollen wir noch erklären, daß den Zeitungsverlegern schon bei den Tarifverhandlungen in Berlin bedeutet worden ist, gerade sie könnten wohl zu friedengestell sein. Was auch durchaus zutrifft. Denn den Zeitungsverlegern sind nicht nur die bisherigen Vergünstigungen im Tarife verblichen, sondern durch die einhaltstündige Arbeitszeitverlängerung für die Maschinenseker haben sie einen erheblichen Vorteil gegenüber den Werk- und Lohnbrudern eingetriden. Wenn sie trotzdem nicht befriedigt sind, so läßt das nur darauf schließen, daß sie mit den bewußten „übertriebenen hohen Forde-

es so, daß jede Reaktion unwillkürlich und ungemollt zum Schrittmacher größerer Freiheit wurde. Das werden auch die heutigen Feinde einer gesunden Volkswirtschaft an den Früchten von dem erkennen, was sie im Jahre 1911 und noch früher gefäß haben.

Aber auch sonst erweist sich das hinter uns liegende Jahr als nicht so schlecht, wie man allgemein nach seinem heißen, trockenen Sommer zu schließen berechtigt schien. Wohl war die Natur ziemlich ungnädig und ließ die Sünden in unser Zoll- und Steuerpolitik noch fühlbarer als sonst werden, aber in der Warenherstellung, in der Arbeitsgelegenheit, in Industrie, Handel und Wandel war trotzdem eine gewisse Beständigkeit und teilweise recht fühlbare Aufwärtsbewegung zu konstatieren. Durchweg war die Zahl der Beschäftigten in jedem Monat um 4—7,5 Proz. höher als in den Parallelmonaten des Jahres 1910. Während der ersten Monate des Jahres einen Rückgang des Beschäftigungsgrades aufwiesen, brachten die mittleren Jahresmonate einen kräftigen Aufschwung; auch das letzte Drittel des Jahres war hinsichtlich der Erwerbsmöglichkeit besser als das erste Drittel. Im Vergleich zu den beiden vorhergehenden Jahren war das Jahr 1911 das beste an Arbeitsgelegenheit im allgemeinen.

In der vermehrten Arbeitsgelegenheit spiegelt sich die Gewißheit, daß trotz mancher Hemmnisse in der Entwicklung von Industrie und Handel im Jahre 1911 ein kräftiges Vorwärtsschreiten stattfand. Die ange deuteten Hemmnisse lagen meist auf politischem Gebiet, und zwar wiederum nur hervorgerufen durch Expansionsgelüste profitgieriger Großkapitalisten. Der Marofforum bildete monatlang eine merkliche Hemmung des Wirtschaftslebens. Während der Dauer dieser Spannung zogen viele ausländische Kapitalisten ihre in deutschen Unternehmungen angelegten Gelder zurück. Sie fürchteten, durch einen Krieg ihr Guthaben einzubüßen. Diese Angstmeierei ausländischer Kapitalisten führte sogar zu einer gewissen Knappheit auf dem Geldmarkt. Zu ihrer Behebung interpellierten die Vertreter der Großbanken die Reichsregierung, und erst als diese erklärte, es bestände keine Kriegsfahr, wurde das industrielle und kommerzielle Leben wieder etwas freier. Die Veränderungen des Zinsfußes der Reichsbank sind für diese unsicheren Schwankungen der beste Gradmesser. Im Februar wurde der Zinsfuß von 5 auf 4 Proz. ermäßigt und im September wieder auf 5 Proz. erhöht. Dabei sprach man im Auslande schon von einer deutschen Finanzkrise. Gegen Schluß des Jahres war jedoch nach allgemeinen Berichten der Börse keine Rede mehr davon.

Das rüstige Vorwärtsschreiten in der Industrie erweist sich zunächst in der Rohstoffförderung, die gegenüber dem Vorjahr im Deutschen Reiche von 152 auf etwa 162 Millionen Tonnen stieg. Auch die Hoheisenherzeugung, die schon in den letzten Jahren sogar jene Englands übersteigt, erhöhte sich im vergangenen Jahre, von 14,8 auf 15,5 Millionen Tonnen. Die Einnahmen der Eisenbahnen erbrachten bis Ende November gleichfalls 180 Millionen mehr als in der gleichen Zeit des Jahres 1910. Die Einfuhr überstieg die der Ausfuhr um 974 Millionen Mark. Besonders Fortschritte machte die Konzentrationbewegung des Großkapitals. Es entwickelte sich da allmählich eine Konstellation, die den Großbanken eine die Staatsgewalt und Warenproduktion beherrschende wirtschaftliche und soziale Macht sichert. Denn immer mehr entwickeln sich die Großbanken zu Kontrollstellen und Direktoren des gesamten wirtschaftlichen Lebens. Sie dienen nicht nur als Sammelbecken des Kapitals. Als kapitalistische Großmächte dirigieren sie auch in wachsender Weise die Finanz- und Arbeiterpolitik der industriellen Unternehmungen. Ein Überblick über die Summen, mit denen die Großbanken arbeiten, dürfte daher interessieren. Nach dem Stande vom vorigen Jahr ergeben sich folgende Summen in Millionen Mark, der Umsatz in Milliarden Mark:

	Aktienkapital in Mill. Mk.	Reserven	Umsatz	Rein-gewinn	Dividende Proz.
Deutsche Bank	200	106	112	32,5	12 1/2
Dresdner Bank	200	62	84	25,1	8 1/2
Disconto-Gesellschaft	170	60	53	23,6	10
Darmstädter Bank	160	32	?	11,1	6 1/2
Schaaffhausen	145	34	19	14,9	7 1/2
Berliner Handels-gesellschaft	110	34 1/2	15	13,2	9
Kommerzbank	85	13	28	6,2	6
Nationalbank	80	14	19	8,6	7
Mitteldeutsche Kredit-bank	54	8	9	4,5	6 1/2

Im vergangenen Jahre haben verschiedene Banken ihr Aktienkapital noch um 46 Millionen Mark erhöht; somit resultiert ein Gesamtkapital von 1286 Millionen Mark. Die Reserven belaufen sich auf über eine Drittel-Milliarde Mark. Die Summe der in den Banken arbeitenden Kapitalien beläuft sich auf über 5 Milliarden Mark und der Umsatz beträgt 330 Milliarden Mark. Der Nettogewinn der neun Banken ist von rund 217 Millionen Mark auf 229 Millionen Mark gestiegen, der Reingewinn von 135 1/2 Millionen Mark auf 139 1/2 Millionen Mark. Das ist ein Teil des Kapitalprofits, den die schaffende Arbeit aufbringen muß! Auch sonst zeigte sich die Belebung der Warenherstellung für die kapitalistischen Erwerbsgesellschaften bereits in einer respektablen Erhöhung der Gewinne. Nach dem „Reichsanzeiger“ haben fast sämtliche deutsche Aktiengesellschaften eine Erhöhung ihrer Dividenden vornehmen können. Soweit bis Ende Oktober vorigen Jahres die Bilanzen veröffentlicht wurden, ergaben sich für die ersten drei Quartale folgende Resultate:

	Aktienkapital in Mill. Mk.	Dividenden in Proz.
Verkehr und Güter	1628	7,9
Eisenindustrie	1111	8,3
Elektrizitäts- u. Gasgesellschaft	445	7,6
Nahrungs- und Genussmittel	517	6,7
Textilfabriken	515	9,0
Bergwerke	99	11,1
Bekleidung und Reinigung	15	8,3
Baugewerbe	491	3,5
Steine und Erden	381	6,7
Holz- und Schnitzstoffe	76	9,1
Chemische Industrie	424	15,3
Papiergewerbe	115	5,2
Graphisches Gewerbe	53	6,6
Handel	102	5,7
Banken	3883	8,2
Verkehr	1555	4,3
Beherbergung und Erquickung	68	3,7
Sonstige Gesellschaften	101	6,3

Noch deutlicher ergibt sich die zunehmende Rentabilität der Aktiengesellschaften aus einer Ueberschau, die Richard Calver vor einiger Zeit im „Tag“ veröffentlichte. Da werden 253 Aktiengesellschaften unter die Lupe genommen, die im Monate September vorigen Jahres ihre Bilanzen für das laufende Geschäftsjahr bekanntgaben. Diese Gesellschaften verfügen jetzt über ein Kapital von nahezu 407 Millionen Mark, während sie im Jahre 1910 über wenig mehr als 387 Millionen Mark das Verfügungsrecht besaßen. Demnach ist im Laufe des letzten Geschäftsjahrs eine Erhöhung des Aktienkapitals um fast 20 Millionen Mark eingetreten. Von den genannten 253 Aktiengesellschaften haben 215 ihre Geschäftsberichte so veröffentlicht, daß ein Vergleich der Dividendenergebnisse in den letzten Jahren möglich ist. Das gesamte Aktienkapital dieser Gesellschaften ist von 359 219 000 Mk. im Jahre 1909/10 auf 363 162 000 Mk. im abgelaufenen Betriebsjahre gestiegen. Für das Geschäftsjahr 1910/11 wurden 20 372 000 Mark Dividende ausgeschüttet. Das bedeutet gegen das vorangegangene Jahr eine Steigerung um 1 649 000 Mk. In Prozenten des Nominalkapitals ergibt sich eine Besserung des Dividendenetrags von 5,2 Proz. auf 5,6 Proz. In den Monaten Januar bis September 1911 haben insgesamt 3923 Aktiengesellschaften ihre Geschäftsberichte für das Jahr 1910/11 publiziert. Das Grundkapital dieser Gesellschaften belief sich am Ende des letzten Betriebsjahrs auf 11 341 770 000 Mk. Mit hin ist gegen das Vorjahr eine Zunahme um 4 490 904 000 Mk. zu verzeichnen. Ein Vergleich der diesjährigen und vorjährigen Dividendenergebnisse läßt sich bei 3288 Aktiengesellschaften, deren Aktienkapital 10 823 330 000 Mk. beträgt, anstellen. Gegen das Vorjahr ist eine Erhöhung der Grundkapitalien um 385 664 000 Mk. eingetreten. Für das Geschäftsjahr 1910/11 wurden insgesamt 300 332 000 Mk. Dividende verteilt. Im Jahre 1910 kamen 702 761 000 Mk. zur Ausschüttung an die Aktionäre. Mit hin ergibt sich eine Prozentuale Steigerung der Dividendeneträge von 7,6 auf 7,9 Proz.

Weniger günstig war das Jahr 1911 für die breite Masse der Bevölkerung. Es brachte eine verhängnisvolle Verengung der Lebenshaltung. Wir mühten vieles wiederholen, wenn wir Einzelheiten dieser Schattenseite unseres „bewährten“ Wirtschaftssystems an dieser Stelle aufzählen wollten. In ausführlicheren Artikeln haben wir das schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres getan, so daß wir damit rechnen können, die Leser des „Korr.“ noch auf dem laufenden zu wissen. Außerdem handelt es sich ja um eine Sache, die jeder von uns praktisch selbst zu kosten besah und noch bekommt. Aber eins müssen wir doch feststellen: der heiße und trockene Sommer ist in Wirklichkeit nur zum geringsten daran schuld gewesen. Denn wie sich jetzt herausstellt, ist die Ernte mit wenigen Ausnahmen im großen und ganzen wesentlich besser ausgefallen als vorher angenommen wurde. Hauptsächlich trifft dies auf die Körnerorten zu. Die Weizenenergie ergab 200 000 Tonnen mehr als im Jahre 1910, Roggen brachte 350 000 und Gerste 250 000 Tonnen mehr, dagegen Hafer 200 000 und Kartoffeln etwa 9 Millionen Tonnen weniger. Insgesamt rechtfertigt die Ernte mit Ausnahme der Kartoffeln und Gemüse eine Herabsetzung der Preise und doch ist das Gegenteil zu konstatieren. Woran das liegt und wo die wirklich Schuldigen an diesen, besonders die Arbeiterchaft bedrückenden Gegensätzen zu suchen ist, haben wir zuletzt in den Arn. 128 und 130 vom vorigen Jahre mit aller Deutlichkeit auseinandergesetzt. Wir haben dem damals Gesagten bis jetzt noch nichts wesentlich Neues hinzuzufügen.

Aber auch außer diesen allgemeinen unglücklichen Erscheinungen war das Jahr 1911 für die Arbeiterchaft und deren vorwärtstrebende Organisationen hinsichtlich einer greifbaren Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage reich an Schwierigkeiten und Demütnissen. Die Unmöglichkeit der Unternehmer, die Arbeiter an den besseren Erträgen teilnehmen zu lassen, ließ auffällig viel zu wünschen übrig. Die Grubenherren, die Eisenbahnverwaltungen, die Konfektionäre in Berlin, die Tabakfabrikanten, die Hamburger Holzmannen, die Landeskammer von Senefelders Gnaden und noch viele andre zeigten sich sehr robust und brüskt gegen ihre Arbeiter. Ausperrungen, um die Arbeiter gefügiger zu machen, waren weit häufiger zu verzeichnen als in früheren Jahren. Dazu kam noch eine forcierte Nege gegen die Gewerkschaften mit dem Endziel, ihre Abwehrkraft durch Ausnahmegesetze zu unterbinden. Zu diesem Beginnen mußte in letzter Zeit auch sehr viel die Wraße herhalten, daß die Lohnkämpfe der Arbeiterchaft von großem Schaden für die Volkswirtschaft seien. Da ist es denn sehr zu begrüßen, wenn ein führendes Organ aus volkswirtschaftlichem Gebiete wie die „Konjunktur“ ein kräftiges Wortlein zu dieser Sophisterei zu sagen weiß, indem es u. a. schreibt: „... Oder sollen die Arbeiter aus Forderungen zur Erhöhung ihres Lohnniveaus verzichten? In einer Zeit verzichten, wo Kartelle, Trusts, Spekulantengruppen, das Fürsorpülstum, Konventionen, Monopole den Markt durch ihre Preisstransaktionen fortgesetzt beunruhigen, schädigen und vermirren? Da will man den Arbeitern einen Strich daraus drehen, daß sie angesichts der allgemeinen Jagd nicht nach Verdienst, sondern meistens nach Gewinn — nach teilweise ganz ungebührlich hohem Gewinne — daß sie ihren Arbeitsverdienst zu steigern trachten? ... Man bestreitet oft, daß die Streikerfolge das Lohnniveau der Arbeiterchaft erhöhen, die Kosten der Kämpfe seien im Effekte höher als die erreichten Lohnzunahmen. Diese Behauptung ist falsch und die dafür gegebenen Beweise sind nicht beweiskräftig. Die Volkswirtschaft kann den Schaden, der ihr aus den Lohnkämpfen vorübergehend erwächst, weit leichter verschmerzen als den Schaden, der einer Volkswirtschaft aus einer unorganisierten, widerstandslosen Masse von Arbeitern auf die Dauer entgehen würde. Die deutsche Industrie dankt ihr vorzügliche Arbeiterchaft zum Teil der Schulung der Arbeiter durch die Gewerkschaften. Und diese Schulung legt ihre Examina bei den Lohnkämpfen ab, die um so eher vermieden werden können, je früher die Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen sich gleich stark einander gegenüberstellen.“

Das sind die Erfahrungen und Lehren aus dem Jahre 1911 vom Standpunkte der Volkswirtschaft aus für uns. Die Arbeiter, die Gewerkschaften und wir Buchdrucker insbesondere können reichliche Nutzenwendung für die Arbeit im neuen Jahre wie überhaupt für die Zukunft daraus ziehen. Aufsteigend war die Konjunktur. Gewerbe, Handel und Wandel florierten trotz Ungunst der Natur und Politik. Eine gesunde Kraft ruht im Völkerverleben aller Kulturenationen und die organisierte Arbeiterchaft hat sich weiterentwickelt, hat Werkkraft entwickelt wie kaum zuvor. Wir Buchdrucker haben durch die Kraft unserer erprobten Organisation einen kräftigen Schritt nach vorwärts auf dem Wege des Tarifvertrags getan und damit aufs neue bekundet, daß wir weder Kampf noch Frieden um jeden Preis wollen, sondern in der Hauptsache bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wenn uns das auch durch den neuen Tarifabschluß nicht in dem Maße gelungen ist, wie wir es alle gern wünschten, so sei dies uns eine neue Lehre und ein Impuls zur Vertiefung unsres Verständnisses für die wirklichen Ursachen dieser Unnoctkommenheiten, deren Ausmerzung und Bekämpfung nicht zuletzt auch in unsern eignen Reichen notwendig sein wird. Wenn wir dabei nicht vergessen, daß unsre Organisationsarbeit aus eine eigne gewerkschaftliche Vertiefung gebucht hat, die trotz mancher Schattenstellen von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, dann können wir mit einem berechtigten Stolz und festem Vertrauen als Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker der Zukunft ins Auge blicken. Denn auch für unsre Gegner gelten die Worte, die Professor Schmoller in seinem Werte „Grundriß der Volkswirtschaft“ wie folgt niedergelegt hat: „Es gibt nur eine Wähl: Entweder man brüdt die ganze Arbeiterchaft wieder auf das Niveau von rechtlosen Sklaven und Hörigen herab, und das ist unmöglich, oder man erkennt sie als gleichberechtigte Staatsbürger an, hebt ihre geistige und technische Bildung, läßt sie sich dann aber auch organisieren, räumt ihnen den Einfluß ein, den sie brauchen, um ihre Interessen zu wahren. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß nur diese Organisation der Arbeiter die Regierenden und die Besessenen so nachdrücklich an ihre sozialen Pflichten erinnert, daß eine ernsthaftige Sozialreform in Angriff genommen wurde; die sich geltend machenden Stimmen der Wissenschaft, der Kirche, der Humanität waren in den Tagen des Zanges um das goldene Kalb viel zu schwach. Die selbstbewußte Organisation des Arbeiterstandes ist an sich der Ausdruck der weltgeschichtlichen Tatsache, daß die Menschheit eine Kulturhöhe erreicht hat wie nie früher; eine Kulturhöhe, die auch die unteren Klassen nicht mehr zum passiven Fußgestelle der oberen, sondern zu einem selbstbewußten aktiven Gliede des Gesamtorganismus machen will und kann.“

Korrespondenzen.

H. Berlin. (Brandenburgischer Maschinen-segerverein.) In der am 7. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Vereins, zu der etwa 600 Kollegen erschienen waren, wurde eingangs das Andenken des verstorbenen Kollegen Krönide in üblicher Weise gelehrt. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde bekanntgegeben, daß Kollege Braun wieder in den Vorstand und Kollege Kreschmer als Mitglied des Schiedsgerichts gewählt sei. Die durch Abstimmung vorgenommene Wahl der Zentralkommission ergab die Entsendung der Kollegen Falke, Franz, Kotte, Lehder, Vöbe, Richtigshain und Bierath in diese Institution, von der die Vereine bald ein Lebenszeichen erhalten werden. Den scheidenden Kollegen der ehemaligen Kommission widmete der Versammlung die Worte des Dankes für ihre müheerglückte Arbeit. Die deutschen Maschinen-seger und sprach die aus, daß es auch der neuen Kommission sei, die das Vertrauen unsrer Funktionäre zu erwerben hat.

Volkswirtschaft.

Rückblick.

Durch regelmäßig erscheinende kürzere oder ausführlichere Artikel über die wichtigsten Fragen aus dem weiten Gebiete der Volkswirtschaft hat der „Korr.“ auch im vergangenen Jahre seinen Lesern die tiefstliegenden Beziehungen zwischen der Arbeit und den Besoldungen des Volksganges, der verschiedenen Schichten der Bevölkerung sowie im einzelnen verständlich zu machen gesucht. Das soll auch in Zukunft so bleiben und nach besten Kräften erweitert und vertieft werden. Dazu ermuntert uns die eigene Erkenntnis der hohen Bedeutung eines klaren Verständnisses der Ursachen und Wirkungen aller Erscheinungen auf dem Wirtschaftsgebiete. Denn auch Erfolg oder Fehlschlagen der gewerkschaftlichen Arbeit hängen nicht zuletzt von einer richtigen oder falschen Beurteilung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse ab, und zwar ideell wie materiell. Nur wer sich der Mühe unterzieht, etwas tiefer in das Gebiete der heutigen Wirtschaftsordnung hineinzublicken, der wird den Schlüssel zu mancher ihm vorher unverständlichen Entwicklung des Volks- und Berufslebens finden. Vertrauen zur eignen Arbeit, zum eignen Vormarschstreben, Bewahrung vor Fehlurteilen und nutzloser Zersplitterung der Kräfte bringt das Studium und die Untersuchung der Volkswirtschaft in hohem Maße mit sich. Dazu durch unsre Arbeit in sachlicher Weise zu verhelfen, bildete die Kriebsber zur Einreibung der Rubrik „Volkswirtschaft“ in das Programm des „Korr.“. Und in diesem Sinne glauben wir auch in Zukunft Verständnis bei allen jenen zu finden, für die unser Verbandsleben selbst ein wesentlicher Faktor der Volkswirtschaft ist.

Wenn wir von diesem Gesichtspunkt aus einen Rückblick auf das allgemeine wirtschaftliche Gebiete im Jahre 1911 werfen, so werden wir bei einem Vergleiche mit den Resultaten unsrer eignen gewerkschaftlichen Arbeit, die sich neben einer beträchtlichen Mitgliederzunahme vor allen Dingen im Abschlusse des neuen Tarifs verkörpern, einen scheinbaren Widerspruch feststellen können. Unse Gewerkschaftsarbeit steht in ihren Ergebnissen in unzweifelhaft besserem Lichte als die Signatur des allgemeinen Wirtschaftslebens für die breiten Volksmassen. Eine ansehnliche Vermehrung der Verbandsmitgliederzahl und des Verbandsvermögens im vergangenen Jahre dürfen wir mit Recht bis zu einem gewissen Grade als die logische Folge einer auf langjährigen Erfahrungen aus den Wechselwirkungen der Volkswirtschaft aufgebauten Organisationsarbeit einschätzen. Dazu kommt noch die erfreuliche Tatsache, daß nach den vorliegenden Monatsabrechnungen unseres Hauptverwalters für die Monate Januar bis einschließlich November 1911 das Ausgabenkonto für Arbeitslohn am Ort und auf der Reise mit 1848 Gehilfen, 51 930 Tagen und 90 564, 25 M. „wichtig“ belastet wurde“ als in der gleichen Zeitperiode des Jahres 1910; außerdem zeigt sich die günstige Gestaltung der Finanzen des Verbandes auch darin, daß sich das Verbandsvermögen nach dem Stande vom 1. Oktober 1911 mit 8721 959 M. um über 700 000 M. höher stellte als zum gleichen Termine des Vorjahres. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet war also das Jahr 1911 für die Entwicklung unsres Verbandes kein ungünstiges. Aber auch für die übrigen freien Gewerkschaften war dies im allgemeinen so. Während sich im Jahre 1911 für die arbeitende Bevölkerung der Druck einer durch und durch verkehrten Wirtschaftsordnung in schlimmster Weise fühlbar machte, bewirkte unzweifelhaft gerade dieser Umstand, daß der Gewerkschafts- und Solidaritätsgedanke innerhalb der Arbeiterschaft um so tiefere Wurzeln schlug. Die Gestaltung des Wirtschaftslebens wurde unwillkürlich zum besten Anschauungsunterricht und zur Warnung für die meisten, die bis dahin ihren Berufsorganisationen mehr oder weniger gleichgültig gegenüberstanden. Das zeigte sich nicht nur in unsrer Organisation, sondern in allen andern freien Gewerkschaften, soweit sich jetzt schon bei ihnen das Fazit des vergangenen Jahres ungefähr ziehen läßt. Daß dagegen alle jene Vorkriegs-Arbeiterorganisationen, die sich in vollständiger Verkennung der gemeinsamen wirtschaftlichen Lebensbedingungen heutiger Zeit mit einem religiösen oder nationalen Mantel die Hände drapiert haben, nicht mehr in dem gleichen Maße die Zahl ihrer Anhänger oder Mitläufer erhöhen konnten wie früher, ist gleichfalls eine erfreuliche Tatsache für alle, die mit uns der Meinung sind, daß die Arbeiterschaft nur an Ansehen und Macht gewinnen würde, wenn sie von derartigen Zersplitterungsbestrebungen verkommt bliebe. So zeigte sich auch nach dieser Richtung die ungünstige Entwicklung der Lebensverhältnisse im Jahre 1911 als verbende Kraft für die bessere Erkenntnis, von welcher Seite für die Arbeiter die wirksamste Hilfe zu erwarten ist. Der verstärkte wirtschaftliche Druck wurde zum Wegweiser für den allein richtigen Weg zur Abhilfe: zum engeren und besseren Zusammenschlusse. Dadurch wurde die ideelle Widerstandskraft gehoben und das Fundament der freien Gewerkschaften wesentlich gestärkt. Die Vorteile dieser Erzeugung werden sich zwar für die Arbeiterschaft erst in Zukunft zeigen, aber dann ihr schwerlich wieder zu entreißen sein. Die im Laufe dieses Jahres noch erscheinenden genaueren Zusammenstellungen aus einzelnen Organisationen und Berufen werden dies sicherlich bezeugen. Die mächtigen Anstrengungen der Arbeiterfeinde in allen in Frage kommenden Parteien, den immer fühlbarer werdenden Zusammenfluß der Arbeiter zu unterbinden, sind vorläufig die besten Gradmesser für die mächtige und zielbewußte Aufwärtsbewegung der deutschen Arbeiterschaft im vergangenen Jahr. Und von jeher war

macht gegen die eigne Arbeiterschaft doch nicht erfolgt. Auch trotz des Berliner Beispiels vom Juni 1911 nicht, das gewiß in seiner Art einzig war. Einmal ist eine wenn auch ausnahmsweise geforderte, so doch aber äußerst schwerwiegende Solidarität nicht immer möglich in den Fällen, wo bisher das dauernde Verhältnis der wütendste Frontkämpfer war. Zum andern paßt sicher die von dem Zeitungsverlegerverein seit einer Reihe von Jahren verfolgte Tendenz einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Herausgebern nicht; ihnen liegt nicht an einer Verschärfung der Beziehungen zu der Arbeiterschaft, und daß die Organisation der Zeitungsverleger aller Vorgesetzten lobt wird, ist ihnen ein Vergnügen. Drittens aber sind sich die Kleinen und die mittleren Zeitungsverleger darüber klar, daß die Großstadtpresse, deren Besitzer zum Teil den Zeitungsverlegerverein in eine Ideoassoziation zum Scharfmacherverbande gebracht haben, bei einem Kampfe im Buchdruckgewerbe ohnehin noch geschäftlich über die Provinzialblätter triumphieren würden. Wenn der „Zeitungsverleger“ es trotzdem begrüßt, „daß sich diesmal der Kampf hat vermeiden lassen“, so hat nach allem, was dieses Organ über die „böse“ Seite des vergangenen Jahres zu sagen weiß, diese Konstatierung einen Unterton, der zu dem entgegengekehrten Schlusse führt. Die verschiedensten Auslassungen in dem Jahresartikel geben dieser Annahme fast eine Berechtigung, wo denn auch von den betroffenen gewesenen Abwehrmaßnahmen gesagt werden kann, daß sie im geraden Gegenfasse zu der von der Arbeiterschaft zur Tarifrevision bekundeten Friedensliebe bisweilen den Charakter von Provokationen angenommen hatten. Die Geschichte der Gehilfenschule in Karlsruhe ist der untrügliche Beweis dafür. Jedenfalls kann es dem Zeitungsverlegerverein nicht zum Verdienste angerechnet werden, daß ein folgenschwerer und opfervoller Kampf unserm Gewerbe erspart geblieben ist und die tarifliche Ordnung aufrecht erhalten werden konnte, die nach solchen Verlautbarungen so manchem von dieser Prinzipalsparte ein Dorn im Auge sein muß.

Vergegenwärtigt man sich noch, wie freudig es im deutschen Blätterwalde rauschte, als die Kunde von der friedlichen Beendigung der Tarifverhandlungen in die Lande hinausging und welche Elogen der Einigkeit und dem Verständnisse der beiderseitigen Tarifverträter gemacht wurden, dann erscheint der „Epilog“ des „Zeitungsverleger“ in einem noch eigenartigeren Lichte. Wir überlassen es jedem, sich selbst seinen Vers dazu zu machen.

Von übertrieben hohen Forderungen der Gehilfen zu sprechen und den Tarif als die Lohnerbhöhung bis zur Unmöglichkeit erscheinen zu lassen, kennzeichnet die vom „Zeitungsverleger“ eingeschlagene Richtung so deutlich, daß es uns nicht wundernehmen soll, wenn der „Arbeitsgeber im Druckgewerbe“ in seiner nächsten Nummer über diese Lüne wieder in helles Entzücken gerät. Das Organ der Zeitungsverleger möge sich aber gesagt sein lassen, daß die Arbeiterschaft keine übertrieben hohen Forderungen gestellt hat. Wenn derjenige, der diesen scharfgespißten Jahresartikel geschrieben hat, von den Dingen, die um ihn her vor sich gehen, nur eine blaße Ahnung hätte, dann müßte er auch wissen, daß die stark steigende Verteuerung des Lebensunterhalts wirklich keine Erfindung der Buchdruckergehilfen, sondern eine allgemein anerkannte Tatsache ist.

Eine bedauerliche und in ihren Hauptursachen traurige Ursache, die im Reichstage, den Bundesstaats- und den Einzelparlamenten vielfach schon eine große Rolle gespielt, zu Gebaltsaufbesserungen der Beamten und der Staatsarbeiter und sogar zu einer anständigen Erhöhung der Dividende des preussischen Königs Hauses geführt hat. Die buchgewerblichen Arbeiter können also dem „Zeitungsverleger“ zuliebe nicht allein das Kunststück fertig bringen, von dieser Verteuerung nichts zu spüren.

Die Zeitungsverleger könnten aber manches, wenn nicht vieles tun, solche Verteuerungsverhältnisse hintanzuhalten. Ihre Blätter brauchen nur eine die Allgemeininteressen mehr wahrnehmende Politik zu treiben, anfängt die extrem-agrarische Hochschulpolitik in ihrer ganzen Unsinntigkeit zu fördern. Es erscheint fast so, als ob dem „Zeitungsverleger“ erst groß und breit auseinandergelegt werden muß, daß die unbedeutende Bevölkerung und damit auch die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe stärker unter diesem Zustande zu leiden hat als die bei der Wahl ihrer Eltern oder Schwiegereltern mehr Vorsicht beobachten konnten. Weiter scheint es ihm unbedarft zu sein, daß die Fertigungsindustrien ganz bedeutend unter dem geltenden Polittarife zu leiden haben, und nicht zuletzt das graphische Gewerbe in seinem Export; daß aber die Schwerindustrie gleich den Jüngern alles Fett abschöpft. Man spüre also den Ursachen der Gehilfenforderungen nicht nur etwas tiefer, sondern auch gerechter nach.

Die unverständliche Erklärung, daß die Zeitungsverleger in großer Zahl den letztmaligen Tarifabschluß „unter den angenommenen Bedingungen durchaus mißbilligen“, heißt nichts andres als, daß sie ihn verurteilen. Wir haben bereits der Vermutung Ausdruck gegeben, daß ein „ander“ Ausgang manchem der Zeitungsverleger erwünschter gewesen wäre. Nun wollen wir noch erklären, daß den Zeitungsverlegern schon bei den Tarifverhandlungen in Berlin bedauert worden ist, gerade sie könnten wohl zu friedensgestell sein. Was auch durchaus zutrifft. Denn den Zeitungsverlegern sind nicht nur die bisherigen Vergünstigungen im Tarife verblieben, sondern durch die einhalbstündige Arbeitszeitverlängerung für die Maschinenfeger haben sie einen erklecklichen Vorteil gegenüber den Werk- und Lohndruckern eingefrieden. Wenn sie trotzdem nicht befriedigt sind, so läßt das nur darauf schließen, daß sie mit den bewußten „übertrieben hohen Forderungen“ sich getragen haben. Da soll man denn doch nicht über die in einer Zwangslage befindlichen Gehilfen einen unangebrachten Zorn entladen, sondern an die eigne Brust schlagen.

Ob das kommende Jahr dieselbe Note verdienen wird, muß als sehr ungewiß bezeichnet werden, da der neue Buchdrucktarif für uns Zeitungsverleger schwere Lasten bringt, welche durch erhöhte Mehreinnahmen in vielen Fällen teilweise, in manchen Fällen aber nur wenig wieder auszugleichen werden können.

Wir haben in den Artikeln „Kampf um Sein oder Nichtsein“ (Nr. 133 und 134 v. J.) schon die Hyperbeln des Zeitungsverlegerorgans beleuchtet, den Kleinen und den mittleren Verlegern ihre schwierige Lage jedoch nicht bestritten, den großen aber es ebenso wenig verargt, wenn sie in einer Erhöhung der Einnahmen Deckung suchen. Die zu diesem Zweck ausgegebene Parole lautete bekanntlich: „12—15 v. J.“. Nun ist uns ja bekannt, daß ein Teil weder das Abonnement noch den Inseratenpreis erhöht oder eine Vermehrung der Anzeigenpalten vorgenommen hat. Das blühten jedoch nicht allzuviel Blätter sein; es soll aber erwähnt sein, daß auch große Zeitungen von solchen Maßnahmen abgesehen haben. Wenn also hier kein direkter Ausgleich versucht worden ist, so liegt doch der Schluss nahe, daß es auch ohne Preisserhöhungen bei diesen geht. Es soll auch zugegeben werden, daß der Kleinen Presse mit diesen Mitteln nur ein teilweiser Ausgleich möglich ist. In den andern Fällen aber — und diese werden den größeren Teil ausmachen — wird mit der gleichwie erfolgten Vermehrung der Einnahmen die durch den Tarif bedingte Steigerung der Ausgaben bestimmt ausgeglichen. Und auch die Fälle werden gar nicht so selten sein, daß einigermaßen gutgehende Blätter dabei nicht nur die gleichfalls gestiegenen sonstigen Regiekosten wieder einholen, sondern darüber hinaus noch ein ganz annehmbares Geschäft machen. Das nachzurechnen, ist bei Zeitungen, wie wir sie im Auge haben, gar kein Kunststück. Wir sind loyal genug, anzuerkennen, daß dies auf florierende Blätter aller Richtungen zutrifft, und wollen daraus keinen Vorwurf herleiten. Aber wenn man weiß und sieht, um wieviel schwerer es die Lohndruckereien haben, die tariflichen Erhöhungen wieder einzubekommen, und welche Schwierigkeiten diesen dabei bereitet werden — namentlich von den Buch- und den Verlegern der Fachpresse, die höchstensfalls die Hälfte der geforderten Druckpreiserhöhung bezahllen wollen —, dann muß einmal deutlicher auf die wesentlich günstigeren Position der Zeitungsverleger aufmerksam gemacht werden. Auch darauf, daß es dieser Prinzipalsparte nicht wohl ansteht, über eine große Unzufriedenheit der Gehilfen und im Besonderen der Maschinenfegerparte zu zern, wo doch die eigne fast keine Grenze kennt.

Wir haben den Maschinenfegerkollegen manche Vorhaltungen machen müssen, wenn der „Zeitungsverleger“ aber die halbe Stunde, die die in Zeitungsbetrieben Beschäftigten dieser Spezialgruppe jetzt täglich mehr arbeiten müssen, quasi als einen Pappentwurf hinstellt, wo ihnen sagt, sie wollten immer nur nehmen, und die eignen Vergünstigungen „wahrlich herzlich gering“ nennt, dann dünkt uns das Maß einer solchen Kritik so voll zu sein, daß wir dagegen protestieren müssen. Will man denn absolut die Beunruhigungspolitik der letzten drei Jahre fortsetzen? Haben die Zeitungsbetriebe denn nicht das größte Interesse an einer ruhigen Gestaltung der Dinge? Und ist nicht gerade für sie die Tarifgemeinschaft die beste Gewähr dafür?

Die Art und Weise, wie vom „Zeitungsverleger“ auf die unbedingte Einführung der Arbeitszeitverlängerung hingearbeitet wird, will uns nicht als ein Anzeichen erscheinen, daß besonderer Wert auf die Erhaltung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gelegt wird. Es wird doch kein Zeitungsverleger an der Ausnutzung dieser tariflichen Bestimmung verhindert. Wie es aber in den halb vierzig Jahren der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker Brauch und Sitte war, darf auch kein Prinzipal an der Bewährung besonderer Vergünstigungen bei den Arbeitsbedingungen behindert werden. Das bezieht sich auch auf die Arbeitszeit. Die nun endlich heimgegangene alte Blankesche Wetterfahne hat zwar einmal den wunderbaren Standpunkt vertreten, daß eine kürzere Arbeitszeit als die festgelegte untarifliche sei. Sie löste damit aber nur Gelächter aus. Denn keinem Menschen war es eingefallen, etwa die achtstündige Arbeitszeit als einen Vorstoß gegen den Tarif anzusehen. Was die „Deutsche Buchdruckzeitung“ damit vertrat, war vielmehr eine völlige Verkennung des Umstandes, daß wir einen Minimaltarif haben, der also in der Lohnhöhe wie in der Kürze der Arbeitszeit keine Begrenzung hat. Der „Zeitungsverleger“ ging vor einiger Zeit nicht minder weit, als er in einer kürzeren Arbeitszeit in den Zeitungsredaktionen abteilungen den Grundfay von Treu und Glauben gefehdet erblickte. Das sind einfach Übertreibungen. Wir meinen, es sollte jedem Zeitungsverleger überlassen bleiben, bei dem, was sich in seinem Betriebe praktisch bewährt hat, zu verbleiben oder nicht.

Aus dem, was das gedachte Organ über die „böse“ Seite des Jahres 1911 zu sagen hat, spricht unsres Erachtens etwas andres als der rechte Tarifgemeinschaftsgeist. Wir bedauern das, können es aber nicht ändern, und geändert wird ja auch an dem Laufe der Dinge durch den „Zeitungsverleger“ nichts. Denn nicht er befindet sich in dem richtigen Gleise, sondern — die andern! (Fortsetzung folgt.)

es so, daß jede Reaktion unwillkürlich und ungewollt zum Schrittmaßer größerer Freiheit wurde. Das werden auch die heutigen Feinde einer gesunden Volkswirtschaft an den Freilichen von dem erkennen, was sie im Jahre 1911 und noch früher gefat haben.

Aber auch sonst erweist sich das hinter uns liegende Jahr als nicht so schlecht, wie man allgemein nach seinem heißen, trockenen Sommer zu schließen berechtigt ist. Wohl war die Natur ziemlich ungnädig und ließ die Sünden in unserer Zoll- und Steuerpolitik noch fühlbarer als sonst werden, aber in der Warenherstellung, in der Arbeitslosigkeit, in Industrie, Handel und Wandel war trotzdem eine gewisse Beständigkeit und teilweise recht fühlbare Aufwärtsbewegung zu konstatieren. Durchweg war die Zahl der Beschäftigten in jedem Monat um 4—7,5 Proz. höher als in den Parallelmonaten des Jahres 1910. Während die ersten Monate des Jahres einen Rückgang des Beschäftigungsgrades aufwiesen, brachten die mittleren Jahresmonate einen kräftigen Aufschwung; auch das letzte Drittel des Jahres war hinsichtlich der Erwerbsmöglichkeit besser als das erste Drittel. Im Vergleiche zu den beiden vorhergehenden Jahren war das Jahr 1911 das beste an Arbeitslosigkeit im allgemeinen.

In der vermehrten Arbeitslosigkeit spiegelt sich die Gewißheit, daß trotz mancher Hemmnisse in der Entwicklung von Industrie und Handel im Jahre 1911 ein rüstiges Vorwärtsschreiten stattfand. Die angebotenen Hemmnisse lagen meist auf politischem Gebiet, und zwar wiederum nur hervorgerufen durch Expansionsgelüste profitierender Großkapitalisten. Der Marktförderung bildete monatelang eine merkliche Hemmung des Wirtschaftslebens. Während der Dauer dieser Spannung zogen viele ausländische Kapitalisten ihre in deutschen Unternehmungen angelegten Gelder zurück. Sie fürchteten, durch einen Krieg ihr Gut haben einzubüßen. Diese Angstmeierei ausländischer Kapitalisten führte sogar zu einer gewissen Knappheit auf dem Geldmarkte. Zu ihrer Behebung interpellierten die Vertreter der Großbanken die Reichsregierung, und erst als diese erklärte, es bestände keine Kriegsfahr, wurde das industrielle und kommerzielle Leben wieder etwas freier. Die Veränderungen des Zinsfußes der Reichsbank sind für diese unsicheren Schwankungen der beste Gradmesser. Im Februar wurde der Zinsfuß von 5 auf 4 Proz. ermäßigt und im September wieder auf 5 Proz. erhöht. Dabei sprach man im Auslande schon von einer deutschen Finanzkrise. Gegen Schluß des Jahres war jedoch nach allgemeinen Berichten der Börse keine Rede mehr davon.

Das rüstige Vorwärtsschreiten in der Industrie erweist sich zunächst in der Kohlenförderung, die gegenüber dem Vorjahr im Deutschen Reiche von 152 auf etwa 162 Millionen Tonnen stieg. Auch die Hoheisenerzeugung, die schon seit einigen Jahren sogar jene Englands übersteigt, erhöhte sich im vergangenen Jahre von 14,8 auf 15,5 Millionen Tonnen. Die Einnahmen der Eisenbahnen erbrachten bis Ende November gleichfalls 180 Millionen mehr als in der gleichen Zeit des Jahres 1910. Die Einfuhr überstieg die der Ausfuhr um 974 Millionen Mark. Besondere Fortschritte machte die Konzentrationbewegung des Großkapitals. Es entwickelte sich da allmählich eine Konstellation, die den Großbanken eine die Staatsgewalt und Warenproduktion beherrschende wirtschaftliche und soziale Macht sichert. Denn immer mehr entwickeln sich die Großbanken zu Kontrollstellen und Direktoren des gesamten wirtschaftlichen Lebens. Sie dienen nicht nur als Sammelboden des Kapitals. Als kapitalistische Großmächte dirigieren sie auch in wachsender Maße die Finanz- und Arbeiterpolitik der industriellen Unternehmungen. Ein Überblick über die Summen, mit denen die Großbanken arbeiten, dürfte daher interessieren. Nach dem Stande vom vorigen Jahre ergeben sich folgende Summen in Millionen Mark, der Umsatz in Milliarden Mark:

	Umsatz	Reineinnahme	Dividende
Deutsche Bank	200	106	112
Dresdener Bank	200	62	84
Diskontogesellschaft	170	60	53
Darmstädter Bank	160	32	?
Schaaffhausen	145	34	19
Berliner Handels-			
gesellschaft	110	34	15
Kommernbank	85	13	28
Nationalbank	80	14	19
Mitteldeutscher Kredit-			
bank	54	8	9

Im vergangenen Jahre haben verschiedene Banken ihr Aktienkapital noch um 46 Millionen Mark erhöht; somit resultiert ein Gesamtkapital von 1286 Millionen Mark. Die Reserven belaufen sich auf über eine Drittel Milliarde Mark. Die Summe der in den Banken arbeitenden Kapitalisten beläuft sich auf über 5 Milliarden Mark und der Umsatz beträgt 330 Milliarden Mark. Der Nettogewinn der neun Banken ist von rund 217 Millionen Mark auf 229 Millionen Mark gestiegen, der Reingewinn von 135 1/2 Millionen Mark auf 139 1/2 Millionen Mark. Das ist ein Teil des Kapitalprofites, den die schaffende Arbeit aufbringen muß! Auch sonst zeigte sich die Belebung der Warenherstellung für die kapitalistischen Erwerbsgesellschaften bereits in einer respektablen Erhöhung der Gewinne. Nach dem „Reichsanzeiger“ haben fast sämtliche deutsche Aktiengesellschaften eine Erhöhung ihrer Dividenden vornehmen können. Soweit bis Ende Oktober vorigen Jahres die Bilanzen veröffentlicht wurden, ergaben sich für die ersten drei Quartale folgende Resultate:

	Aktienkapital in M. Mk.	Dividenden in Proz.
1910/11	1628	7,9
1909/10	1111	8,3
1908/09	445	7,6
1907/08	517	6,7
1906/07	515	9,0
1905/06	99	11,1
1904/05	15	8,3
1903/04	491	3,5
1902/03	381	6,7
1901/02	76	9,1
1900/01	424	15,3
1900/01	115	5,2
1900/01	53	6,6
1900/01	102	5,7
1900/01	3883	8,2
1900/01	1555	4,3
1900/01	68	3,7
1900/01	101	6,3

Noch deutlicher ergibt sich die zunehmende Rentabilität der Aktiengesellschaften aus einer Abhandlung, die Richard Calver vor einiger Zeit im „Tag“ veröffentlichte. Da werden 253 Aktiengesellschaften unter die Lupe genommen, die im Monate September vorigen Jahres ihre Bilanzen für das laufende Geschäftsjahr bekanntgaben. Diese Gesellschaften verfügen jetzt über ein Kapital von nahezu 407 Millionen Mark, während sie im Jahre 1910 über wenig mehr als 387 Millionen Mark das Verfügungsrecht besaßen. Demnach ist im Laufe des letzten Geschäftsjahres eine Erhöhung des Aktienkapitals um fast 20 Millionen Mark eingetreten. Von den genannten 253 Aktiengesellschaften haben 215 ihre Geschäftsberichte so veröffentlicht, daß ein Vergleich der Dividendenergebnisse in den letzten Jahren möglich ist. Das gesamte Aktienkapital dieser Gesellschaften ist von 359 219 000 Mk. im Jahre 1909/10 auf 363 162 000 Mk. im abgelaufenen Betriebsjahre gestiegen. Für das Geschäftsjahr 1910/11 wurden 20 372 000 Mark Dividende ausgeschüttet. Das bedeutet gegen das vorangegangene Jahr eine Steigerung um 1 649 000 Mk. In Prozenten des Nominalkapitals ergibt sich eine Verbesserung des Dividendenetrags von 5,2 Proz. auf 5,6 Proz. In den Monaten Januar bis September 1911 haben insgesamt 3923 Aktiengesellschaften ihre Geschäftsberichte für das Jahr 1910/11 publiziert. Das Grundkapital dieser Gesellschaften belief sich am Ende des letzten Betriebsjahres auf 11 341 770 000 Mk. Mit hin ist gegen das Vorjahr eine Zunahme um 4 490 904 000 Mk. zu verzeichnen. Ein Vergleich der diesjährigen und vorjährigen Dividendenergebnisse läßt sich bei 3288 Aktiengesellschaften, deren Aktienkapital 10 823 380 000 Mk. beträgt, anstellen. Gegen das Vorjahr ist eine Erhöhung der Grundkapitalien um 385 664 000 Mk. eingetreten. Für das Geschäftsjahr 1910/11 wurden insgesamt 300 332 000 Mk. Dividende verteilt. Im Jahre 1910 kamen 732 701 000 Mk. zur Ausschüttung an die Aktionäre. Mit hin ergibt sich eine Prozentuale Steigerung des Dividendenetrags von 7,6 auf 7,9 Proz.

Weniger günstig war das Jahr 1911 für die breite Masse der Bevölkerung. Es brachte eine verhängnisvolle Verteuerung der Lebenshaltung. Wir mühten vieles wiederholen, wenn wir Einzelheiten dieser Schattenseite unseres „bewährten“ Wirtschaftssystems an dieser Stelle aufzählen wollten. In ausführlichen Artikeln haben wir das schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres getan, so daß wir damit rechnen können, die Leser des „Korr.“ noch auf dem laufenden zu wissen. Außerdem handelt es sich ja um eine Sache, die jeder von uns praktisch selbst zu kosten bekam und noch bekommt. Aber eins müssen wir doch feststellen: der heiße und trockene Sommer ist in Wirklichkeit nur zum geringsten daran schuld gewesen. Denn wie sich jetzt herausstellt, ist die Ernte mit wenigen Ausnahmen im großen und ganzen wesentlich besser ausgefallen als vorher angenommen wurde. Hauptsächlich trifft dies auf die Körnerfrüchte zu. Die Weizenenergie ergab 200 000 Tonnen mehr als im Jahre 1910, Roggen brachte 350 000 und Gerste 250 000 Tonnen mehr, dagegen Hafer 200 000 und Kartoffeln etwa 9 Millionen Tonnen weniger. Insgesamt rechtfertigt die Ernte mit Ausnahme der Kartoffeln und Gemüse eine Herabsetzung der Preise und doch ist das Gegenteil zu konstatieren. Woran das liegt und wo die wirklich Schuldigen an diesen, besonders die Arbeiterschaft bedrückenden Gegensätzen zu suchen ist, haben wir zuletzt in den Nr. 128 und 130 vom vorigen Jahre mit aller Deutlichkeit auseinandergesetzt. Wir haben dem damals Befagten bis jetzt noch nichts wesentlich Neues hinzuzufügen.

Aber auch außer diesen allgemeinen ungünstigen Erscheinungen war das Jahr 1911 für die Arbeiterschaft und deren vorwärtstrebende Organisationen hinsichtlich einer greifbaren Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage reich an Schwierigkeiten und Hemmnissen. Die Unmöglichkeit der Unternehmer, die Arbeiter an den Besseren Erträgen teilnehmen zu lassen, ließ auffällig viel zu wünschen übrig. Die Grubenherren, die Eisenbahnverwaltungen, die Konfektionäre in Berlin, die Tabakfabrikanten, die Hamburger Holzgänger, die Unternehmer von Senefelders Gnaden und noch viele andre zeigten sich sehr robust und bristl gegen ihre Arbeiter. Ausprägungen, um die Arbeiter gefügiger zu machen, waren weit häufiger zu verzeichnen als in früheren Jahren. Dazu kam nach einer forcierte Hege gegen die Gewerkschaften mit dem Endziel, ihre Abwehrkraft durch Ausnahme-gesetze zu unterbinden. Zu diesem Beginn mußte in letzter Zeit auch sehr viel die Phrase herhalten, daß die Lohnkämpfe der Arbeiterschaft von großem Schaden für die Volkswirt-

schaft seien. Da ist es denn sehr zu begrüßen, wenn ein führendes Organ auf volkswirtschaftlichem Gebiete wie die „Konjunktur“ ein kräftiges Wortlein zu dieser Sophisterei zu sagen weiß, indem es u. a. schreibt: „Oder sollen die Arbeiter auf Forderungen zur Erhöhung ihres Lohnniveaus verzichtet? In einer Zeit verzichten, wo Kartelle, Kruxis, Spekulationengruppen, das Vörsenpublikum, Konventionen, Monopole den Markt durch ihre Preistransaktionen fortgesetzt beunruhigen, schädigen und verwirren? Da will man den Arbeitern einen Strich daraus drehen, daß sie angesichts der allgemeinen Jagd nicht nach Verdienst, sondern meistens nach Gewinn — nach teilweise ganz ungehörlich hohem Gewinne, — daß sie ihren Arbeitsverdienst zu steigern trachten? ... Man bestreitet oft, daß die Streikerfolge das Lohnniveau der Arbeiterschaft erhöhen, die Kosten der Kämpfe seien im Effekte höher als die erreichten Lohnzunahmen. Diese Behauptung ist falsch und die dafür gegebenen Ziffern sind nicht beweiskräftig. Die Volkswirtschaft kann den Schaden, der ihr aus den Lohnkämpfen vorübergehend erwächst, weit leichter verschmerzen als den Schaden, der einer Volkswirtschaft aus einer unorganisierten, widerstandslosen Masse von Arbeitern auf die Dauer entsetzlich würde. Die deutsche Industrie dankt ihre vorzügliche Arbeiterschaft zum Teil der Schulung der Arbeiter durch die Gewerkschaften. Und diese Schulung legt ihre Examina bei den Lohnkämpfen ab, die um so eher vermieden werden können, je früher die Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen sich gleich stark einander gegenübersehen.“

Das sind die Erfahrungen und Lehren aus dem Jahre 1911 vom Standpunkte der Volkswirtschaft aus für uns. Die Arbeiter, die Gewerkschaften und wir Buchdrucker insbesondere können reichliche Nutzenwendung für die Arbeit im neuen Jahre wie überhaupt für die Zukunft daraus ziehen. Aufsteigend war die Konjunktur. Gewerbe, Handel und Wandel florierten trotz Ungunst der Natur und Politik. Eine gesunde Kraft ruht im Völkerverleben aller Kulturen und die organisierte Arbeiterschaft hat sich weiterfest gesetzt, hat Verbetracht entwickelt wie kaum zuvor. Wir Buchdrucker haben durch die Kraft unserer erprobten Organisation einen kräftigen Schritt nach vornwärts auf dem Wege des Tarifvertrags getan und damit aufs neue bekundet, daß wir weder Kampf noch Frieden um jeden Preis wollen, sondern in der Hauptsache bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wenn uns das auch durch den neuen Tarifabschluss nicht in dem Maße gelungen ist, wie wir es alle gern wünschten, so sei dies uns eine neue Lehre und ein Ansporn zur Vertiefung unseres Verständnisses für die wirklichen Ursachen dieser Unvollkommenheiten, deren Ausmerzung und Bekämpfung nicht zuletzt auch in unsern eignen Reihen notwendig sein wird. Wenn wir dabei nicht vergessen, daß unsere Organisationsarbeit uns eine eigene gewerliche Vertiefung gebracht hat, die trotz mancher Schattenseiten von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, dann können wir mit einem berechtigten Stolz und festem Vertrauen als Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker der Zukunft ins Auge blicken. Denn auch für unsre Gegner gelten die Worte, die Professor Schmoller in seinem Werke „Grundriß der Volkswirtschaft“ wie folgt niedergelegt hat: „Es gibt nur eine Wahl: Entweder man drückt die ganze Arbeiterschaft wieder auf das Niveau von rechtlosen Sklaven und Sörigen herab, und das ist unmöglich, oder man erkennt sie als gleichberechtigte Staatsbürger an, hebt ihre geistige und technische Bildung, läßt sie sich dann aber auch organisieren, räumt ihnen den Einfluß ein, den sie brauchen, um ihre Interessen zu wahren. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß nur diese Organisation der Arbeiter die Regierenden und die Besessenen so nachdrücklich an ihre sozialen Pflichten erinnerte, daß eine ernsthafte Sozialreform in Angriff genommen wurde; die sich geltend machenden Stimmen der Wissenschaft, der Kirche, der Humanität waren in den Tagen des Tages um das goldene Kalb viel zu schwach. Die selbstbewusste Organisation der Arbeiterschaft ist an sich der Ausdruck der weltgeschichtlichen Tatsache, daß die Menschheit eine Kulturhöhe erreicht hat wie nie früher; eine Kulturhöhe, die auch die unteren Klassen nicht mehr zum passiven Fußgestelle der oberen, sondern zu einem selbstbewußten aktiven Gliede des Gesamtorganismus machen will und kann.“

Korrespondenzen.

H. Verlin. (Brandenburgischer Maschinen-seherverein.) In der am 7. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Vereins, zu der etwa 600 Kollegen erschienen waren, wurde eingangs das Andenken des verstorbenen Kollegen Kröncke in üblicher Weise gesagt. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde bekanntgegeben, daß Kollege Braun wieder in den Vorstand und Kollege Krefschmer als Mitglied des Schiedsgerichts gewählt sei. Die durch Abstimmung vorgenommene Wahl der Zentralkommission ergab die Entsendung der Kollegen Falke, Franz, Kotte, Lehder, Söbe, Richgenhain und Bierath in diese Institution, von der die Vereine bald ein Lebenszeichen erhalten werden. Den scheidenden Kollegen der ehemaligen Kommission widmete der Versammlungsleiter Worte des Dankes für ihre mustergültige Tätigkeit für die deutschen Maschinenseher und sprach die Erwartung aus, daß es auch der neuen Kommission gelingen möge, sich das Vertrauen unfrer Funktionäre und der Allgemeinheit zu erwerben. Betreffs der Einführung des Tarifs wurde mitgeteilt, daß dieselbe bis jetzt ohne

Störungen von größerer Bedeutung vor sich gegangen sei. Es konnte festgestellt werden, daß die Prinzipale nach einem einheitlichen Plane die volle Ausnutzung der tariflichen Positionen erstreben, während in einer ganzen Reihe von Fällen die Bewilligung der vom Deutschen Buchdruckerverein empfohlenen Zulagen nicht gerade im Vordergrund des Interesses stand. Ein abschließendes Urteil läßt sich noch nicht fällen, da noch in verschiedenen Firmen Unterhandlungen gepflogen werden. Bei Besprechung des Jahresberichts, der einstimmig gutgeheißen wurde, wurde auch der Leipziger Metordfegerer gedacht in bezug auf die Rückwirkung dieses „Vergleichsgebens“ auf die an ihm beteiligten Maschinenfeger. Erwähnenswert ist aus dem Jahresbericht u. a., daß trotz der besseren wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitslosigkeit der Maschinenfeger eine größere als im Vorjahre war, und daß das System der Zuschußkonditionen immer weitere Wüsten treibt. Die Mitgliederzahl betrug Ende November 739. Infolge Amtsniederlegung von vier Vorstandsmitgliedern der zweite Vorsitzende scheidet nach neunjähriger, der erste Schriftführer nach einundhalb-jähriger, der zweite Schriftführer wegen Krankheit nach vierjähriger Tätigkeit, der Weisiger infolge seiner Wahl in die Zentralkommission machten sich Neuwahlen notwendig, nach deren Verlauf die Versammlung den scheidenden Vorstandsmitgliedern den Dank für ihre vorbildliche Tätigkeit für die Sparte aussprach. — Am Abend ließ ein wohlgelungenes Stiftungsfest die Maschinenfeger die Sorgen, die die neue Tarifära ihnen gemacht hatte und noch macht, für einige Stunden vergessen. Den auswärtigen Kollegen, die sich der Berliner erinnern haben, für ihre telegraphischen usw. Glückwünsche besten Dank. Besondere Anerkennung verdient wieder unsere „Typographia“ für die den Maschinenfegern erwiesene Opferwilligkeit; dem Kollegen Bape ein Extralob. **Sammler (Westf.).** (Vierteljahrsbericht.) Das verfloßene Vierteljahr brachte dem Ortsverein drei Versammlungen. Den Hauptteil der Tagesordnungen füllte die Tarifrevision aus. In der Novemberversammlung hielt Kollege Bernhardt einen belehrenden Vortrag über „Kleinigkeiten, für Setzer- und Korrektoren“, der von den Erscheinenden recht beifällig aufgenommen wurde. Der Besuch war befriedigend, örtliche Angelegenheiten fanden sachliche Erledigung. — In der Generalversammlung gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Im Vorstande traten nur kleine Veränderungen ein. Kollege Strud wurde als erster Vorsitzender wiedergewählt, Kassierer blieb Kollege Dittmann.

T. Kreisfeld. Die Tarifeinführung am Vororte zeigte bis zum 6. Januar folgendes Bild: 27 Firmen mit zusammen 150 Gehilfen haben am Samstagabend den „neuen“ Lohn gezahlt und die halbtägige Arbeitszeitverkürzung eingeführt. Eine größere Firma, die erst am Dienstag Lohn tag hat, stand noch aus und eine Firma hat den alten Lohn ausgezahlt. Freiwillige Zulagen gewährten 13 Firmen mit 31 Gehilfen, und zwar 1,50 Mt. bis zu 3,50 Mt. Unrühmliche Ausnahmen gibt's leider auch hier. Eine andere Firma erhöhte die Gesamtlohne um 12 1/2 Proz. und eine Firma in Ludwigshafen den erhöhten Lokalzuschlag anstatt 1. Oktober 1913 schon ab 1. Januar 1912 ein. Aus Kempen, Biesien, M. Gladbach, Rheindt und Somborn-Mörs wurden ähnliche Resultate telephonisch berichtet. Unstimmigkeiten kleinerer Natur sowie verschiedene Differenzen bei der Bezahlung der Überstunden vermissen aber nicht das im großen und ganzen erfreuliche Ergebnis der Einführung des neuen Tarifs im Bezirke Kreisfeld.

Reinwald a. Rh. Zu unsrer am 6. Januar abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung, in der eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen war, hatten sich von 56 Kollegen 46 eingefunden. Unter Punkt „Tarifliches“ berichteten die Druckereivertrauensmänner über die Einführung des neuen Tarifs, die mit Ausnahme einiger noch zu klärender Irrtümer glatt vorstatten gegangen ist. Teilweise ist auch den mit mehr als 3 Mt. über Minimum Entlohten eine Zulage zuteil geworden. Vorsitzender Wirtgen erstattete einen kurzen Jahresrückblick. Nach Erledigung verschiedener Anträge wurde der Herabsetzung des Ortsbeitrags auf 5 Pfennig zugestimmt. Außer dem Bibliothekar erfolgte einstimmige Wiederwahl des Vorstandes. Erregte Debatten entstanden bei der Wahl der Kartelldelegierten. Mit der Überweisung eines Geldgeschenks an zwei im Krankenhaus befindliche Kollegen anlässlich des Weihnachtsfestes erklärte sich die Versammlung nachträglich einverstanden. Den ausgesperrten und freitenden Tabakarbeitern wurden in gerechter Würdigung ihrer Lage außer den freiwillig gesammelten 20 Mt. noch 10 Mt. aus der Ortskasse bewilligt.

Sz. Zittau. Zu einem seltenen Feste vereinigten sich am 6. Januar die Kollegen des Ortsvereins Zittau. Der Ortsvorsitzende Herrmann Schlag feierte am 1. Januar sein 40jähriges Verbandsjubiläum, und daher galt der Abend dem Jubilär. Mitglieder der Militärkapelle eröffneten den offiziellen Teil. Der Buchdruckermännerchor erfreute durch einen eigens für Buchdruckervertrauensmänner komponierten Gruß: „Gott grüß die Kunst — der Welt die Wahrheit“. Nach einem Prologe schilderte Kollege Origan die hervorragenden Verdienste des Jubilars um den Verband. Treu habe er zur Fahne gehalten und überall, wo er gewesen, habe man ihn mit Ehrenämtern ausgezeichnet. Im Gau Schlesien habe er lange das Amt eines Gauvorstehers innegehabt und sei mehrfach als Vertreter zu den Tarifverhandlungen delegiert gewesen. Seit er in Zittau weile, leite er den Ortsverein als Vorsitzender, und allen sei er stets ein gutes Vorbild gewesen. Möge er uns noch lange in dieser Frische erhalten

bleiben! Kollege Renkewitz sen. brachte die Glückwünsche des Vereins „Gutenberg“ zum Ausdruck. Der Gauvorstand hatte es sich nicht nehmen lassen, den Jubilär durch eine Deputation zu ehren. Gauvorsteher Reiskner (Königsberg) feierte den Jubilär in längerer Rede und überreichte im Namen des Gauvorstandes ein ansehnliches Geschenk. Desgleichen überbrachte Ortsvorsitzender Drows (Memel) die Glückwünsche seines Ortsvereins, welcher dem Jubilär ebenfalls ein Andenken geschenkt hatte. Nun gab Kollege Schlag selbst ein Bild seines Verbens, zugleich das Aufblühen des Verbandes trotz all der Kämpfe und Stürme schildernd. Solange er noch zu pilgern habe, wolle er fest und treu zur Fahne des Verbandes halten. Sein Hoch galt dem Verbandsvorsitzenden, dem Gauvorstande und den Vorstandsmitgliedern. Zahlreiche Telegramme und Glückwünsche aus nah und fern, insonderheit aus dem früheren Wirkungskreise des Kollegen Schlag, dem Gau, Schlesien, waren eingelaufen. Gesang und Musik wechselten mit Toasten harmonisch ab und der Geist der Einigkeit herrschte unter den Schwarzfinglern unsres Ortes wie selten. Der Jubilär verfehlte auch nicht, die Kollegen zu ermahnen, doch auch alle Verbandsversammlungen so vollständig zu besuchen, was ihm Genugtuung und Freude sein sollte. Möge dieser Abend dazu beigetragen haben, das Band der Einigkeit noch fester zu knüpfen um die hiesigen Verbandskollegen!

Sz. Zittau. Die Einführung des neuen Tarifs ging bei uns glatt vonstatten. Die Bezahlung erfolgte am Jahltage nach dem neuen Tarif, auch die halbe Stunde wurde ohne besondere Vorleistung zugewilligt. Die mit über 3 Mt. über Minimum nach dem alten Tarif Entlohten erhielten die empfohlene Erhöhung. Nur die Firma B. Pawlowsky, die in puncto Bezahlung am hiesigen Orte stets an erster Stelle steht, hat ihre Gehilfen mit einer durchgängigen Zulage von 3 Mt. bedacht.

Wärzburg. Bezirksmaschinenmeisterklub — Monatsbericht. Am 3. Dezember fand nach dem Ausschneidekurs ein Vortrag des Kollegen Baier über die Herstellung des Holzschmitts statt. Derselbe fand gute Aufnahme und schloß sich eine kurze Diskussion daran. Des weiteren besaßen sich, nachdem die anwesenden Lehrlinge die Vermählung verlassen hatten, die Mitglieder, 25 an der Zahl, mit der Abhaltung der Berliner Konferenz am 17. Dezember. Von der protestierenden Stellungnahme wurde dem Berliner Maschinenmeistervereine Kenntnis gegeben. — Am 17. Dezember fand in gut besuchter Versammlung ein Vortrag über „Die Montage und das Bedienen von Buchdruckmaschinen“ statt. Das Referat hatte Herr Oberingenieur Hähler in freundschaftlicher Weise übernommen. In einstudiertem Vortrag entledigte sich der Referent seiner Aufgabe mit großer Sachkenntnis. Die sich anschließende Diskussion war eine äußerst lebhaft und ergiebig. Die Vorträge wurden von dem Referenten in klarer und verständlicher Weise beantwortet. In vorgerückter Mittagsstunde schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einer Dankabfaltung für die gegebene Unterstützung an den Herrn Oberingenieur Hähler von der Firma Jahn & Herber. — Zum Jahresabschluss fand am 21. Dezember die letzte Mitgliederversammlung statt, bei sich nach einigen geschäftlichen Mitteilungen ausschließlich mit der Debetbestimmungen im neuen Tarife befaßt. Vorsitzender Baier hatte hierzu das Referat übernommen. In einstudiertem Vortrag erläuterte er die Bestimmungen und ging an der Hand einer Statistik über die Verhältnisse in den Maschinenfabriken auf die einzelnen Paragraphen ein und machte auf verschiedene Punkte aufmerksam, welche mit dem neuen Tarif eine Besserung erfahren müßten. Die Gehaltskafala, das Bedienen von Maschinen usw. wurden eingehend besprochen. Auf die eventuell einsehende Diskussion hinweisend, machte der Referent darauf aufmerksam, daß die Kritik der neuen Bestimmungen nicht zur Tagesordnung stehe, sondern die Kritik sich mit den Verhältnissen befassen solle, welche abänderungsbedürftig sind. Recht rege setzte die Diskussion ein, und es kamen sämtliche Redner dem Wunsche des Referenten nach, so daß zu erkennen war, daß das Bestreben vorhanden ist, durch gemeinschaftliche Arbeit bessere Verhältnisse herbeizuführen. Die verbesserungsbedürftigen Verhältnisse wurden dem Ortsvorstande geschildert, und in einer Aussprache mit den in Betracht kommenden Kollegen soll das Nötige veranlaßt werden. Im Schlußworte forderte Kollege Baier nochmals die Kollegen auf, nicht die Lohn-erhöhung als einzige Ertragsengstigkeit zu betrachten, sondern die seit fünf Jahren bestehenden Debetbestimmungen liberal vollständig zur Durchführung zu bringen. Mit dem Wunsche, daß auch im neuen Jahre die Versammlungen einen so guten Besuch aufweisen möchten und einem Hoch auf die Spartenbewegung schloß der Vorsitzende die von 32 Mitgliedern besuchte Versammlung.

Zittau. Maschinenmeisterbezirksverein der Oberlausitz, Sitz Zittau. Die am 7. Januar stattgehabte Mitgliederversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuchs. Ein Referat des Kollegen Schiller über den Dreifarbenruck bildete zugleich den Abschluß des vor einigen Monaten begonnenen Farbenmischkurses, wobei den daran beteiligt gewesenen Kollegen genügend Gelegenheit geboten worden war, ihr Wissen und Können zu bereichern. Nachdem Vorsitzender Stöbe noch einige Worte über das Verhalten im Maschinenfale gegeben hatte, wurde eine Aufnahme vollzogen. Die Einführung des neuen Tarifs war für die Spartenkollegen allgemein zufriedenstellend. Das Verhalten des Vorsitzenden unfrer Zentralkommission zu den diesmaligen Tarifberatungen wurde von der Versammlung gemißbilligt.

Ferien! Eine angenehme Überraschung wurde mit Einführung des neuen Tarifs den Gehilfen der Hofbuchdruckerei von J. Fink in Stuttgart zuteil, indem ihnen außer der vorgesehenen, zum Teil aber darüber hinausgehenden Erhöhung des Lohnes ein Urlaub von 5 bis 8 Tagen gewährt wurde. In den Genuss dieser Vergünstigung treten sämtliche Gehilfen.

Beurteilung einer tarifuntenen Firma. Die Inhaberin der Buchdruckerei Siebert in Berlin wurde von der VIII. Kammer des dortigen Gewerbegerichts wegen Kündigungserlassung zur Zahlung einer 14tägigen Lohnentschädigung in Höhe von 56 Mt. verurteilt. Die Beklagte berief sich darauf, daß es im Buchdruckergewerbe üblich sei, bei Ausschlußbeschäftigung erst nach Ablauf von vier Wochen eine Kündigungsfrist eintreten zu lassen. Nun ergab jedoch die Beweisaufnahme, daß die Firma Siebert wohl den alten Buchdruckertarif anerkannt hatte, von dem neuen aber nichts wissen wollte, da dieser wiederum eine ihr nicht zuzugende Arbeitszeitverkürzung vorsteht. Nach dieser Feststellung vertrat das Gericht die Auffassung, daß die Beklagte auch kein Recht habe, sich auf Bestimmungen des nicht mehr gültigen Tarifs zu berufen. Es könnten in diesem Falle nur die Bestimmungen der Gewerbeordnung Platz greifen, und danach trete die gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist ein, da nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart worden sei. Wohl oder übel mußte die Witwe Siebert hierauf dem klagenführenden Gehilfen die verlangte Summe auszahlen.

Manuskripte und Portotarif. Gelegentlich der Besprechung eines Auftrages über den Zeitungsnachrichtendienst machte die „Buchdruckerswoche“ vor kurzem darauf aufmerksam, daß es eine falsche Auffassung sei, wenn man annehme, alle Zeitungsmansukripte würden von der Reichspost nach dem Drucksachentarif befördert. Das trifft nur für Manuskripte in Verbindung mit ihren Korrekturabzügen zu; ohne solche dürfen sie aber in offenen Umschlägen als „Geschäftspapiere“ befördert werden. Die letzteren sind (auch im Ortsverkehre), mit 10 Pf. für ein Gewicht bis zu 250 g zu frankieren; 250 bis 500 g kosten (wie Druckbogen) 20 Pf., 500—1000 g 30 Pf. Daraus ergibt sich, daß Manuskripte im Gewicht bis zu 250 g am billigsten als Geschäftspapiere zu versenden sind; nur im Orts- und Nachbarortsverkehr ist geschlossener Brief billiger.

Die Rentabilität des Zeitungsbetriebs. In der letzten abgehaltenen Generalversammlung der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart gab es zwischen dem Vorsitzenden und einigen Aktionären eine interessante Auseinandersetzung. Auf Anfrage aus der Reihe der letzteren erklärte der Vorsitzende, es sei richtig, daß der Verlagsanstalt für ihren mit 1/2 Million Mark zu Buch stehenden Anteil an dem die „Württembergische Zeitung“, das „Neue Tagblatt“ und die „Kannstatter Zeitung“ umfassenden „Stuttgarter Zeitungsverlag“ nicht der Wirtschafter Papierfabrik etwa 2 1/2 Millionen Mark gebühren würden; dieses Angebot wurde aber abgelehnt, weil nach Ansicht der Verwaltung durch diese Beteiligung ein Zeitungsvorlag in den nächsten Jahren wesentlich höhere Erträge erzielen würden dürften. Ein Aktionär schätzte diesen Anteil, der dem Zeitungsvorlage für Stuttgart fast ein Monopol sichert, nicht der genannten Papierfabrik auf mindestens 4 Millionen Mark. Da ist es begreiflich, wenn die Aktien der Verlagsanstalt steigen.

Übungszeitung und Zeitungsvorlag. Nach einer Entscheidung der Lübecker Gewerbekammer ist ein reiner Zeitungsvorlag, der nicht mit einer Buchdruckerei verbunden ist, nach § 1 Absatz 2 des Handelsgesetzbuchs als kaufmännisches Geschäft und nicht als innungspflichtiger Gewerbebetrieb anzusehen. Ist dagegen der Zeitungsvorlag mit einer Buchdruckerei direkt verbunden, so unterliegt es keinem Zweifel, daß der Inhaber dieses Geschäfts innungspflichtig sei, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für den Druckereibetrieb gegeben sind.

Ein Denkmal für Journalisten. In St. Louis wird nach dem „Hamburger Fremdenblatt“ ein Denkmal für die drei berühmten deutsch-amerikanischen Journalisten Karl Schurz, Emil Pretorius und Karl Dainger errichtet werden, zu dem der Brauereikönig Adolphus Busch 80000 Mt. gestiftet hat. Ein lokales Komitee wird außerdem noch 60000 Mt. aufbringen. Es wird ein internationaler Denkmalsaus Ausschreiben werden.

Gewerkschaftliche Agitation am Kontrollerversammlungstage. Auf Grund der Bestimmungen, wonach die Kontrollerversammlungspflichtigen am Tage der Kontrollerversammlungen den Militärgehilfen unterstehen, erhielt vor einiger Zeit ein Teilnehmer einer solchen Versammlung durch militärgerichtliches Urteil 14 Tage Mittelarrest, weil er an diesem Tage in einer Wirtschaft eine „Rebe“ gehalten haben soll, die eine militärisch nicht tolerierte Gestaltung zum Ausdruck brachte. Auf wackeligen Füßen das Beweismaterial stand, geht daraus hervor, daß die Zeugen nichts Bestimmteres aussagen konnten, als daß der Angeklagte an dem betreffenden Tage eine rote Brauwatte getragen habe, über öffentliche Zustände gesprochen und über Lohnverhältnisse sich geäußert habe. Der Angeklagte äußerte, er trage nur rote Krawatten, gehöre aber nicht der sozialdemokratischen Partei an. Ein anderer Zeuge betonte, daß er auch für die gewerkschaftliche Organisation geworden habe. Der Angeklagte legte gegen das unverständliche Urteil Revision ein, und vor dem Kriegsgericht mußte selbst der Vertreter der Anklage Freisprechung beantragen, da es auch in Preußen noch erlaubt sei, die Maßnahmen der Regierung kritisch zu beurteilen; auch gegen das

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 13. Januar 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweiligen nächsten Nummer.

Nr. 5.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Werben für eine Gewerkschaft sei nicht einzuwenden. Nur sozialdemokratische Kundgebungen seien am Tage der Kontrollerversammlung verboten, eine solche lasse sich aus dem eben Geschilderten nicht nachweisen. Die Revision war denn auch von Erfolg gekrönt, denn das Gericht sprach den Wehrmann frei.

Vorteile der Gewerkschaften für die Industrie. Die liberale „Neue Züricher Zeitung“ erblickt in den vertraglichen Abmachungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern produktiven Wert. Denn sie verbürgten: „daß die industriellen Betriebe nicht fortwährend und unvermittelt durch Lohnbewegungen und Arbeitseinstellungen gestört werden; durch die Festsetzung der Arbeitsbedingungen auf längere Frist ermöglichen sie eine sichere Skalkulation und eine prompte Ausführung der Bestellungen. Auch lassen sich manche Organisationsmaßnahmen der Industrie nur mit Hilfe der organisierten Arbeiter durchführen. Mit Stolz wies auf dem ersten Internationalen Kongresse der Baumwollindustriellen in Zürich im Jahre 1904 der Führer der englischen Baumwollspinnereibesitzer C. W. Macara auf die wertvolle Mithilfe hin, die ihnen die Gewerkschaften der Arbeiter in schwierigen Lagen leisten konnten. In manchen Fällen mag die Beteiligung der Arbeiter an den Organisationsmaßnahmen der Industrie von größerer moralischer als unmittelbar materieller Bedeutung sein.“ Diese Auffassung vom Werte der Gewerkschaften und den von ihnen erstrittenen Tarifverträgen erscheint sogar der „Deutschen Arbeiterzeitung“ so stichhaltig, daß sie sie ohne bemerkenswerte Kommentierung abdruckt.

Arztstreit und Reichsgericht. Das Reichsgericht hatte über die Frage zu entscheiden, ob ein Vertrag, der einen Arzt in seiner Berufstätigkeit erheblich beschränkt, zu Recht bestehe. Bereits früher hat das oberste Gericht ausgesprochen, daß ein solcher Vertrag gegen die guten Sitten verstoße und nichtig sei. Kürzlich aber hat der sechste Zivilsenat einen Vorstoß gegen die guten Sitten nicht anerkannt, als der Verein der freiwirtschaftlichen Kassenärzte einzelnen Ärzten der Ortskrankenkasse den Zutritt verweigerte und sie dadurch auch zum Teil den Kassenmitgliedern einzug, da die Frage des Verstoßes gegen die guten Sitten eben immer Sache des einzelnen Falls sei. Der beklagte Arzt gehörte zu jenen Ärzten, die bei dem Leipziger Arztstreit vor dem Verband der Ärzte Deutschlands unterstützt und begünstigt wurden, damit sie sich nicht zum Streikbrecher ergäben. Der Arztverband ließ sich die Sache etwas kosten, zahlte dem Arzte 6000 Mk. und übernahm 75 Proz. seiner Schulden. Dafür verpflichtete sich der Arzt vertraglich und durch Ehrenwort, während der nächsten zehn Jahre (1904—1914) weder bei der Leipziger Ortskrankenkasse zu praktizieren, noch sonst an einem andern vom Verbandsvorstande nicht genehmigten Orte sich als Arzt oder Kassenarzt niederzulassen. Dem diesfakt die Hände gebundenen Arzte gelang es nicht, trotz mehrfacher Versuche, an einem der vom Verbandsvorstande freigegebenen Orte festen Fuß zu fassen und sich eine neue Existenz zu gründen. Endlich ließ er sich in Wocholt i. W. ohne Zustimmung des Verbandes als Kassenarzt nieder. Der Vorstand der Ärzte Deutschlands klagte nunmehr gegen den Arzt auf Unterlassung der Mitzählung von 5000 Mk. Der Verband hatte mit dieser Klage jedoch wenig Glück, denn sowohl das Landgericht Mühlstein wie auch das Oberlandesgericht Hamm wiesen dieselbe ab. In seinen Entscheidungsgründen führte das Oberlandesgericht aus, daß der Vertrag gegen die guten Sitten verstoße und wegen Beschränkung der gesetzlichen Freizügigkeit nichtig sei. Sowohl der Kläger wie der Beklagte hätten unbilllich gehandelt. Infolgedessen sei auch die Forderung der Mitzählung der 5000 Mk. unzulässig. Das Reichsgericht bestätigte das Urteil des Oberlandesgerichts und wies den Arztverband mit seiner Klage ab.

Die Zahl der diesmaligen Reichstagskandidaten. Am die 397 erledigten Reichstagsplätze bewerben sich in diesen Tagen nicht weniger als 1428 Kandidaten. Davon gehören der Sozialdemokratie 397 an, den Nationalliberalen 200, dem Zentrum 183, der Fortschrittlichen Volkspartei 175, den Konservativen 132, den Polen 72, der Reichspartei 52; dazu kommen 32 Christlichsoziale, 25 Deutschsoziale, 22 vom Bund der Landwirte, 16 Liberalen, 15 bayerische Bauernbündler, ebensovielen Deutschen Hannoveraner (Welfen), je 14 reichslandische Liberale und Demokraten, 13 schwäbische Wünder, 11 „Reformer“, 8 Mittelständler, 7 Wirtschaftliche Vereinigung, 6 Gesäffer, 4 Wildkonservative, je 3 Antikemiten, Dänen und Deutsch-Lothringer, endlich 2 Bittaner und 2 braunschweigische Welfen sowie die 8 Kandidaten der Demokratischen Vereinigung. In den weitaus meisten Wahlkreisen hat man nur drei ernsthafte Mandatsbewerber, in 18 Kreisen nur zwei, dagegen in 14 Kreisen sechs bis sieben Kandidaten. **Die freie Benutzung des Stadtwappens.** Das Reichsgericht hat neuerdings zum wiederholten Male entschieden, daß die Benutzung von Stadtwappen von

Kaufleuten oder Gewerbetreibenden zur Bezeichnung der Herkunft ihrer Waren und Erzeugnisse nicht als Verletzung des Wappenrechts angesehen werden kann und darum strafrei bleiben müsse.

Gewerkschaftsnachrichten. Zur endlichen Beilegung des Kampfes im Steinbrudergewerbe wurden am 10. Januar in Berlin zwischen dem Verband der Lithographen und Steindrucker und dem Schutzverband deutscher Steindruckerbeisitzer neue Verhandlungen eingeleitet. Wir hoffen, daß ein annehmbares Abkommen zustande kommt. — Die Berliner Buchdruckereihilfsarbeiter-Gesellschaft hat sich in stark besuchten Versammlungen gegen den Abschluß eines neuen Tarifvertrages erklärt, weil darin speziell die Berliner Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt seien. Demgegenüber erklärte jedoch die Verbandsleitung, daß eine derartige Ablehnung keine rechtliche Unterlage habe. Der neue Tarif bringe dem Berliner Hilfspersonal verhältnismäßig gleiche Pflichten, und Rechten wie der übrigen Hilfsarbeiter-Gesellschaft Deutschlands. Aus diesem Grund bestche der am 3. Januar vor dem Tarifamte der Deutschen Buchdrucker abgeschlossene Lohnvertrag für das Berliner Buchdruckereihilfspersonal bis zum 31. Dezember 1916 zu Recht. Über einige weitere Begleiterscheinungen aus diesen Differenzen wird an anderer Stelle noch etwas zu sagen sein. — In Nordenhain wurden vor einigen Tagen unter Vertragsbruch seitens der Unternehmer die Arbeiter des gesamten Baugewerbes ausgeperrt. — Mit vier der größten Hamburger Brauereien schloß der Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter neue verbesserte Tarife ab. — In Ulm, Straßburg und Hamburg sind die Militärsattler in eine Tarifbewegung eingetreten.

Verschiedene Eingänge.

„Typographische Mitteilungen.“ Offizielles Organ des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften. Nr. 1. 9. Jahrgang.

Der moderne Buchdrucker. Graphische Monatschrift. Herausgegeben von der Wergenthaler-Druckmaschinenfabrik. G. m. b. H. Berlin N. 4. Heft 3. 1911. „Victoria.“ Technische Mitteilungen aus dem graphischen Gewerbe. Herausgegeben von Hoffstrosch & Schneider in Dresden-Heidenau. Heft 6. 1911.

„Für Alle Welt.“ Illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XVIII. Jahrgang, Heft 9—11. Preis 40 Pf.

„Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore.“ Drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Zeitschriften machen sich zur Aufgabe, das Studium der französischen, englischen, italienischen oder deutschen Sprache, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiter zu führen. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch sind durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz) kostenlos erhältlich.

„Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Heft 1. 23. Jahrgang.

Gestorben.

In Ultona am 8. Januar der Seher Gustav Adolf Claudius aus Kadelhorn, 62 Jahre alt — Lungen-erweiterung.

In Berlin am 15. Dezember der Seherinvalide (Vorfänger einer jüdischen Gemeinde) Hermann Salinger von dort, 49 Jahre alt — Nierenleiden; am 25. Dezember der Seherfaktor Albert August Wagner von dort, 46 Jahre alt — Blutvergiftung; am 27. Dezember der Drucker Oskar Vogel von dort, 54 Jahre alt, Herzschlag; am 31. Dezember der Seher Karl Peterson aus Riga, 26 Jahre alt — Lungenwindpocken; am 2. Januar der Druckerinvalide (Kassenbote des Berliner Vereins) Paul Klein von dort, 63 Jahre alt — Herzschwäche; am 7. Januar der Seher Wigotte von dort, 19 Jahre alt — Magenblutung.

In Chemnitz am 6. Januar der Buchdruckereibesitzer Arno Kraus, 35 Jahre alt.

In Hamburg am 31. Dezember der Seherinvalide Martin Junge von dort, 86 Jahre alt — Altersschwäche. In Leipzig am 30. Dezember der Stereotypen-Graveur Heil von dort, 31 Jahre alt — Nervenleiden.

In Mühlhausen i. Eis. am 29. Dezember der Seherinvalide Camille Fischer, 49 Jahre alt.

In Prag am 24. Dezember der Korrektor Karl Springer, 36 Jahre alt.

In Schleswig am 4. Januar der Seher Christian Thomsen, 44 Jahre alt.

In Salingen am 6. Januar der Seher Emil Schüttler aus Elberfeld, 27 1/2 Jahre alt.

In Hun (Schweiz) der Buchdruckereibesitzer Eugen Stämpfli.

Briefkasten.

M. S. in Berlin: Wern hätten wir die Einfindung in voriger Nummer veröffentlicht, wenn sie einen Tag früher in unsere Hände gekommen wäre. Aber so war leider nichts mehr zu machen. — D. S. in Berlin: Bedauern Ihren Nichttritt, den aber eine höhere Pflicht notwendig machte. Frdl. Gruß! — S. in R.: Wir sind derselben Meinung wie Sie. Lassen wir die armen Klaffen weiter belien, bis sie heißer werden. Im übrigen danken wir Ihnen für die sonstigen Mitteilungen. Sie werden uns an maßgebender Stelle, wenn es nötig werden sollte, sehr gute Dienste leisten. — A. M. in Neßlingen: Gegen Einfindung von 25 Pf. vom Tarifamte zu beziehen. — B. B. in Leipzig: Es kommen da verschiedene Zeitpunkte in Frage, zunächst wohl der 29. März. — B. B. in Bad Kissingen: Außer von Ihnen ist uns darüber nichts zugegangen. — Nach Köln: Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ konnte allerdings seine übliche Verlegenheit über die arg bloßstellende Duisburger Affäre, bei der der christlichen Gewerkschaftszentrale selbst terroristische Einwirkungen dokumentarisch nachgewiesen worden sind, sowie über ähnliche Praktiken des Gutenbundes und etliche seiner Protoktoren nicht besser befinden als durch diese in ihrer Anseligkeit geradezu bemitleidenswerten Rebereten. 22 Zeilen als sogenannte Erwiderung vom Stapel lassen, darin aber nur blühenden Wortsinn verbreden, die unangenehmen Sachen, auf die es ankommt, jedoch mit keiner Silbe zu erwähnen, das ist die ausgefeilteste Demagogie, die da weiß, daß der Kritizismus die einzige Möglichkeit ist, sich zu behaupten. Darum muß er gepflegt und das Behn der Anhängererschaft durch solche ungläubigen und auch nur bei den christlichen Gewerkschaften denkbaren Schwafeln noch mehr verfeinert werden. An der schiedsgerichtlich erhärteten Tatsache, daß in der christlichen Gewerkschaft gehörigen Drucker des Zentrumsblatts „Echo vom Niederrhein“ alle dem Verbands nachgefolgten Terrorismus- und Arbeitsmonopolgeheimnissen in klassischer Reinkultur zu Ehr und Preis des Gutenbundes gepflegt werden, kann aber durch das öde Geschwafel der „christlichen Gewerkschaften“ nicht abgemildert werden. „Christlichen Gewerkschaften“ genannt, nicht getrickelt werden. Zu verstehen ist es ja, daß diesem Blatte wie dem „Typograph“, der gleich gar nicht irgendwelchen Bezug auf die Duisburger und andre böse Sachen nahm, diese Enthüllungen fürchter fatal sind, aber gar so dumm brauchte man schließlich doch nicht drumrum zu reden. — Korrespondenzblatt der Kapazierer: Es sollte der Redaktion eines Gewerkschaftsblattes doch bekannt sein, daß die in dem genannten Zeitraum von den Buchdruckern erreichte Arbeitszeitverkürzung nicht nur eine Stunde pro Woche ausmacht, sondern vier Stunden. Außerdem ist noch zu berücksichtigen, daß der Wochentag im Buchdruckergewerbe verhältnismäßig häufiger angetroffen ist als in den andern Gewerben. — F. Sch. in Ultona: 2 Mk. — G. P. in Solingen: 1 3/5 Mk. — J. Sch.: 2,30 Mk. — G. Sch. in Tiffit: 1,25 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt Kurfürst Nr. 1101.

Ost- und Westpreußen. Der Gantag findet Ostern (7. und 8. April) in Marienwerder im „Neuen Schützenhaus“ statt. Tagesordnung wird den Mitgliedern zu gestellt. Entträge müssen spätestens am 9. März dem Gauvorsteher Friedrich Nagrogi in Danzig, Petershagen a. d. R. 121, eingereicht werden.

Die Ortsvereine und Mitgliedschaften werden gebeten, die Berichte bis zum 15. Februar einzusenden, um eine rechtzeitige Fertigstellung des Gauberichts zu ermöglichen.

Bremen. Auf der hiesigen Gauverwaltung, Falkenstraße 41, liegt das Buch des Schweizerbogens Otto Uckermann aus Glauchau (Hauptbuchnummer 80408). Der genannte Kollege wird um Angabe seiner Adresse ersucht.

Köln. Die Verbandsfunktionäre werden gebeten, das Quittungsbuch des Seher Bernhard Sallen aus Haderborn (Hauptbuchnummer 68728) an E. Müller, Gereons-Hof 28, einzufenden. S. hat erneut eine ihm nachgewiesene tarifliche Kondition nicht angetreten. Unterfertigung ist daher nicht zu zahlen.

Adressenveränderungen.

Aischerleben. Bezirksleiter: Bruno Goldmann, Mittelstraße 49 II; Ortsvorsteher: Franz Illner, Oberstraße 24; Kassierer: Otto Friede, Steinort 5.

Ballestedt a. S. Vorsteher und Kassierer: G. Hoffmann, Stieg 12.

Bernburg (Anh.). Vorsteher: Friedrich Wättermann, Vorstraße 11; Kassierer: Friedrich Bietow, Wolfgangstraße 58 I.

